

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

folgte der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniengl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgeb., bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Anzeigen die dreizehnpennige Zeitspalt ober deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Die Rechts-Idee der Arbeit. — Wirtschaftlich-
soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. —
Konferenz der Maurer von Rheinland und Westfalen. Noch
nicht dagewesen in Preußen. — Situationsberichte. — Ein-
geleitet. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches.
— Briefkasten. — Das Recht auf die Produktions-
mittel im Alterthum.

Die Rechts-Idee der Arbeit.

II.

Schritt vor Schritt unter harten Kämpfen sehen wir im Laufe der geschichtlichen Entwicklung die Privatwillkür eingeschränkt, die Eigentumsbegriffe und damit auch das Recht modifiziert werden.

Die allmählig entstehenden Gesetze, welche die Institution der Sklaverei regelten, dem Sklaven bestimmten Schutz gewährten und Bedingungen für seine Freilassung aufstellten; ferner alle die Gesetze, welche das Schuld- und Abgabewesen ordneten, die Gesetze über Pflichten bei Vermächtnissen und Schenkungen, die Gesetze über Zinsfuß und Wucher, die Ackergesetze im alten Rom, die mosaischen Gesetze, wie die des Spturg und Solon u. u., sind ebensoviele Beschränkungen und Aufhebungen von Eigentums-
rechten.

Die Sklaverei mißbert sich zur Leibeigenschaft; das Eigentumsrecht an dem Leben des Menschen vermindert sich zu einem Eigentum an seiner lebens-
längliche und totale Ausnutzung desselben.

Die Leibeigenschaft wieder vermindert sich zur Hörigkeit in verschiedenen Abstufungen, das heißt, das Eigentumsrecht an der totalen Arbeitskraft des Anderen fällt fort und mindert sich zu einem Eigentumsrecht an einer bestimmten Art der Ausnutzung des Hörigen und an einem bestimmten Theile seiner Arbeitskraft und Zeit, so daß er also auch für sich erwerben kann. Da ist genau vorgeschrieben, welcher Frohndienst und Leistungen der Hörige Bauer und Handwerker schuldig ist „seinem gnädigsten Herrn“ und zu welcher Zeiten der Woche, des Monats oder des Jahres dieselben zu vollbringen sind.

Das herabstige jus primas noctis (das Recht der ersten Nacht) ist schon die Aufhebung des vollständigen Eigentumsrechts an dem Leib der Sklavin und die Beschränkung desselben auf ihre Jungfrauenblüthe.

Das Mittelalter ist eben die Periode, wo, ohne daß Sklaverei mehr vorhanden ist, „der menschliche Wille nach allen seinen drei Momenten (Allgemeinheit, Einzelheit, Besonderheit) als Privateigentum gesetzt werden kann.“) Der öffentliche Wille ist in seinen verschiedensten Abstufungen als Privateigentum vorhanden; die an den Grundbesitz geknüpften Souveränitätsrechte als Privilegien der verschiedenen Stände und Klassen machen sich geltend; öffentliche Aemter werden erworben durch Erbschaft und Kauf zwecks der Ausbeutung nach Eigentums-
rechten. Fürsten testiren beliebig über die Erbfolge in der Regierung über Länder. Die Kirche erwirbt durch Schenkung, Betrug und Gewalt riesigen Besitz und Heere von Leibeigenen und Hörigen, und der „Stallhalter Gottes auf Erden“, der Papst, gerirt sich als Oberverwalter „alles Eigentums im Himmel und auf Erden.“

Auch der persönlichen Wille als Privateigentum ist da, in der persönlichen Unfreiheit in allen ihren Abstufungen der Leibeigenschaft und Hörig-

keit; ja selbst die beliebige Freiheit der Verheirathung ist in vielen Fällen noch in das Eigentum des „Herrn“ gesetzt.)

Drittens endlich ist, und zwar bei dem Freien, die Besonderheit des Willens da, welcher in der Monopol- und Kunstordnung, der Bann- und Zwangsgerechtigkeiten usw. als Privateigentum gesetzt wird.

Daß der menschliche Wille zum Eigentum geworden, das gerade ist es, was in rechtsphilosophischer Hinsicht das Mittelalter charakterisirt. Und die französische Revolution ist nichts Anderes, als die Aufhebung des Privateigentums an den drei Momenten des menschlichen Willens, wie jeder große Kulturfortschritt stets in einer Verminderung des Eigentumsbegriffes besteht.

Man pflegt die gegenwärtige Periode als diejenige des Individualismus, der „freien Persönlichkeit“ zu bezeichnen und diese Bezeichnung als den Charakter des Liberalismus zu denken. Nichts ist so durchaus unrichtig, als dieses. Wahrer Individualismus, als welchen wir den Sozialismus aufzufassen haben, verhält sich sehr antagonistisch nicht nur gegen die bestehenden Einrichtungen, sondern auch gegen die Tendenzen unseres sogenannten Liberalismus, wie das schon Joh. Gottl. Fichte im Anfange dieses Jahrhunderts dokumentirt hat. Die tiefer gehenden Strömungen unserer Zeit richten sich nicht gegen das Moment des Individuellen, sondern gegen die aus dem Mittelalter herübergebrachte Besondereheit.

Es ist nicht wahr, was der Liberalismus behauptet, daß durch die Periode der freien Konkurrenz das Eigentum und die Freiheit der Arbeit erst zu ihrer vollen und wahren Entwicklung gekommen sind.

Das Stichwort des Liberalismus, „unbeschränkte Freiheit des Eigentums“ und „Freiheit der Arbeit“ ist die denkbar größtmögliche Unwahrheit. Denn in ihrem innersten Grunde genommen, beruht die Aufhebung der Monopole und Zünfte, die Einführung der freien Konkurrenz auf dem Gedanken, daß ein ausschließliches Recht auf Gewerbebetrieb und Absatz unmöglich Privateigentum des Individuums sein könne. Der Liberalismus aber will die Rechte, die er will, politische, wie das Wahlrecht, oder soziale, wie das in der Gewerbefreiheit liegende Recht auch für Bethätigung der Arbeitskraft, nie für das Individuum, sondern immer nur für das in besonderer Lage befindliche, so und so viele Steuern bezahlende mit Kapital ausgerüstete Individuum, also immer nur für den Besonderen. Ein faktisches Vorrecht des Besitzes beherrscht das politische und soziale Leben.

So steht denn die Welt vor der Frage: ob heute, wo es kein Eigentum an der unmittelbaren Nutzbarkeit eines anderen Menschen mehr giebt, ein solches auch seine mittelbare Ausbeutung existiren solle, d. h.: ob die freie Bethätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschließliches Eigentum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuß (Kapital) sein und folgeweise dem Unternehmer als solchem, und abgesehen von der Bezahlung seiner etwaigen geistigen Arbeit, ein Eigentum an fremdem Arbeitswerthe (Kapitalprofit, Kapitalprämie) zusehen solle. Gegenüber diesem erworbenen Rechte will das Recht der Arbeit auf den Arbeitsertrag, unter Beiseitigung

der Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital, in Geltung treten.

Die Arbeit will sich emanzipiren. Dieses Wort „emanzipiren“, welches man jetzt in einem verworrenen Sinne auf jedes Freiheitsbestreben anzuwenden pflegt, ist gerade dann ganz zutreffend, wenn man es in Bezug auf den Charakter der sozialen Bewegung unserer Zeit in seinem ursprünglich strengen Sinne auffaßt: „o mancipio“ außer dem Eigentum erklären. Dahin geht der Kulturgang der Rechtsentwicklung, daß die Herrschaft der privaten, Besitzübermacht über die Arbeit aufgehoben werde.

Die moderne Gesellschaft leidet an einem inneren Widerspruche, wie er schroffer kaum gedacht werden kann. Sie sucht auf dem Rechte des Eigentums; alle ihre Institutionen gipfeln im Schutze dieses Rechtes. Aber sie rechnet nicht, oder doch nur äußerlich in sehr ungenügender Weise, mit dem haltbarsten aller Rechtsgründe des Eigentums, wonach das natürliche Recht des Besitzes sich ursprünglich an das durch eigene Arbeit Hervorgebrachte knüpft. Die positiven Gesetze haben vielmehr ein abgeleitetes, ein historisches Recht des Eigentums fast überall jenem ursprünglichen Rechte, durch Arbeit die Bedürfnisse des Lebens zu gewinnen, vorangestellt, und, anstatt das Eigentum in den Dienst der Arbeit zu stellen, umgekehrt die Arbeit dem Eigentum unterworfen. Schutz des Eigentums kann seiner Natur nach eigentlich garnichts Anderes sein, als Schutz der Arbeit; in der Einseitigkeit, daß man dem, noch dazu nur in den seltensten Fällen auf die Arbeit zurückzuführenden Eigentum allen möglichen Schutz gewährt, die Arbeit aber schutzlos läßt, — darin steckt der Widerspruch!

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Ueber die Sicherung der Bauhandwerker bei Neubauten verhandelte der Verbandstag der Gewerbevereine des Pfalzlandes, welcher in Weinheim stattfand. Von mehreren Rednern wurde ausgeführt, daß die Bauhandwerker ihre Forderungen nicht zu weit ziehen dürfen. Das Verlangen, das Guthaben der Bauhandwerker vor die Hypothekenguthaben zu setzen, ist nicht angängig, wolle man nicht unser ganzes Kreditwesen auf den Kopf stellen, denn 90 pSt. aller Bauten kämen nur durch Aufnahme von Hypotheken zur Ausführung, dagegen sollen diese Guthaben vor allen unberechtigten Forderungen Vorrang erhalten. Ministerialrath Braun warnte gleichfalls davor, zu weit gehende Forderungen zu stellen; mit dem Gedanken einer größeren Sicherung der Guthaben der Bauhandwerker erklärte er sich einverstanden, aber man solle die goldene Mittelstraße einhalten, dann werde die Groß-Regierung gern bereit sein, diese Befreiungen zu unterstützen, sei es beim Bundesrat, beim Reichstag oder bei einer anderen Gelegenheit. In das deutsche bürgerliche Gesetzbuch sei bei der zweiten Lesung desselben eine Bestimmung aufgenommen worden, welche den Wünschen der Bauhandwerker entgegenkomme. Schließlich wurde eine Kommission zur Ausarbeitung geeigneter Vorschläge ernannt.

* Die Verluste im Berliner Baugewerbe betragen nach den bis jetzt ermittelten Ergebnissen an 16 in Berlin zur Zwangsversteigerung genommenen Grundstücken im Monat Juli M. 887 850. Die größte Summe der ausgefallenen Forderungen an einem Grundstück betrug M. 142 500 und die niedrigste M. 8724; die anderen Summen wechselten zwischen M. 20 000 bis 100 000. Es ist bemerkend, daß solche ungeheuren Verluste trotz aller Warnungen an die Handwerker in der letzten Zeit noch vorkommen können.

* Kleine, billige Wohnungen sind in Berlin, trotz aller gegentheiligen Behauptungen, in geringerer Zahl vorhanden, als man nach der gebückten wirtschaftlichen Lage des größten Theiles der Berliner Bevölkerung erwarten sollte. Unter 487 648 Wohnungen und Bewohnern, die im I. Quartal 1893, hier vorhanden waren, waren 280 599 (58 pSt.) für einen Preis bis zu M. 400 und unter diesen wieder nur 172 821 (89 pSt. der Gesamtzahl) für einen Preis bis zu M. 250 zu haben. Wie ungünstig diese Zahlen sind, zeigt eine Vergleichung mit Paris, das als theure Stadt gilt. In Paris gab es 1890 rund 810 000 Wohnungen. Davon kosteten 807 000 (75 pSt.) bis

*) Das ist selbst heute noch der Fall. Man erinnere sich, daß der bekannte Großindustrieller Freiherr v. Stumm im Arbeitsvertrage sich das Recht vorbehält, „seinen“ Arbeitern die „Genehmigung“ zur Verheirathung zu erteilen.

*) Baffaß, „System der erworbenen Rechte.“ I, S. 261.

600 Francs (= M. 400) und unter beiden wieder 404 000 (50 pht. der Gesamtzahl) bis 300 Francs (= M. 240).

Die zünftlerische Bewegung geht unter dem Druck der Lebensverhältnisse und der wachsenden Einsicht weiter. Handwerker, die die abfallenden Beschäftigten ihnen doch nicht helfen können, mehr und mehr zurück. Zu dem kürzlich aus Rheinland-Westfalen gemeldeten Aufsturz verschiedener Innungen ist jetzt die Auflösung einer größeren Innung in Frankfurt a. M. gekommen. Die am 23. Januar 1883 mit 37 Mitgliedern dort ins Leben gerufene Tapezierer-Innung, deren Bestand auf 112 Mitglieder gestiegen war, hat eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, in der die Auflösung der Innung beschlossen wurde. Der Beschluß über die Auflösung bedarf nach § 92 der Gewerbeordnung der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Der lebhafte Verwaltungsrat des Frankfurter Magistrats erwirkt einen Ministerialerlaß, in dem ausgesprochen ist, daß in dem von der Innung eingerichteten Unterricht eine besondere Fürsorge für die Lehrlinge nicht zu erwidern sei. Es ward der Innung empfohlen, ihre Lehrlinge zum Besuch der städtischen Fortbildungsschule für Mädchen und Deutsch anzuschließen — mit welchem Erfolge, das zeigt sich daraus, daß von 107 Lehrlingen nur 14 davon Gebrauch gemacht haben. Außerdem macht es mit Recht sehr böses Blut unter den Mitgliedern, daß der Hauptlektioner unter den Frankfurter Innungsbeamten, ebenfalls ein Tapezierer, ein schoungvolles Möbelgeschäft mit Fabrikware betrieb.

Arbeiterfürsorge in staatlichen „Musterbetrieben“. Wie es in den „Musterbetrieben“ beschäftigten Arbeiter entlohnt werden, erfahren wir aus einer dem hannoverschen „Volkswillen“ auf den Tisch gestiegenen „Ständesliste“ der Eisenbahnstation Hannover. Es handelt sich um einen im Jahre 1844 geborenen und im Jahre 1883 in Arbeit getretenen Motorenarbeiter in dem Bahnhofsbezirk Nr. 9. Die „Ständesliste“, aufgenommen im Oktober 1889, besagt, daß der fragliche Motorenarbeiter bis zum 30. Mai 1889 M. 140 pro Tag erhielt und seitdem M. 160 pro Tag verdient. Am Tage der Aufnahme in die Ständesliste gehörte die Familie des Arbeiters neun Köpfe: Vater, Mutter und sieben Kinder im Alter von 2-16 Jahren. — Und diese neunköpfige Familie soll von täglich M. 1,60 ihr Dasein fristen. Bedauerliche Staatsarbeiter!

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Was giebt's Neues aus dem gemütlichen Sachsen? Aus Crimmitschau an wird gemeldet: Zwei Vereine, der der „Reinigen Maurergesellen von Crimmitschau und Umgegend“ und der Verein der „Reinigen Zimmergesellen von Crimmitschau und Umgegend“ wurden auf Grund des § 19 des Gesetzes vom 22. Februar 1860 aufgelöst. Der Grund zur Auflösung ist darin zu suchen, daß der Verein der „Reinigen Zimmergesellen“ eine Einladung des Vereins der „Reinigen Maurergesellen“ zur Stilkung eines Festes angenommen hat. Außerdem wurden bei der Durchscheidung der Wohnungen der Vorstandsmitglieder beider Vereine die Wähler und dem Verein der Maurer noch einige dreißig Mark beschlagnahmt.

Gegeu das Submissionswesen nahm eine von den Leitern der Submissionsorganisation der Maurer Berlins einberufene öffentliche Maurerverammlung Stellung durch Annahme einer Resolution, in welcher die Vertrauensmänner beauftragt werden, in Gemeinschaft mit den übrigen Baugewerkschaften die Schäden und Mängel des Submissionswesens in einer Denkschrift ausführlich niederlegen zu lassen und sobald die Aufhebung des Submissionswesens bei der städtischen Behörde zu betreiben. Die Beauftragung beauftragte ferner die Vertrauensmänner, diesem Unternehmen jede notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, damit es möglichst schnell gefördert werden kann.

An dem Hausbauwesen, welcher sich kürzlich hier ereignete, wird der „Baugewerkschafts-Zeitung“ in Uebereinstimmung mit unteren diesbezüglichen Ausführungen geschrieben: Folgende Umstände werden wohl ursächlich bei dem Einfurz in Betracht

kommen: Der Bau wurde im Mai begonnen und mit großer Schnelle in die Höhe gebracht, starke Regenfälle haben das frische Mauerwerk stark durchfeuchtet. Die Fundierung ist jedenfalls sehr sorglos einfach in geringer Breite und wenig unter Kellerfußboden beginnend hergestellt worden. Die Mauern sind im Ganzen schwach durch die Etagen, 1 1/2, Stein und ein Giebelstein (Gamburger Maß), aufgeführt. In dem eingefügten Zehel befindet sich die Kellertüre, welche wahrscheinlich tiefer als die Fundamente ausgehoben worden ist. Der große, durch alle Etagen und das Dach gehende Erker mit zwei Fenstern in der Front ist wohl eine Hauptursache, derselbe ist jedenfalls zuerst gefaßt. Auf der ersten Balkenlage, welche eingefügt ist, lagerte schon ein großer Teil fertiger Etagen usw. (Fabrikware, frisch bezogen), was immerhin, wenn auch nur den Zusammenbruch befördert, mitgewirkt haben mag. Die Balkenlagen waren von zahlreichen eisernen Trägern für Rände, da das Parkette für ein Nebenräume entfallen sollte, und auch durch die Träger der beiden großen Erker an den Straßenseiten durchschnitten; hier ist stark geschnitten. — Eine Balkenlage auf dem Zimmerlag gehörig anzulegen und weckmäßig zu verbinden, ist bei den nicht schiefen Bauweisen ohne Zimmerlag ein längst überwundener, alter, zeitraubender Quastkopf. Das Holz leidet der Fäulnis in den aufgegebenen Längen zur Stelle, es wird einfach hinabgelegt und nur wo es unumgänglich, an Ort und Stelle verbleibt. Die Balken werden in die durchgehenden eisentragenden Stumpfen hinein geschnitten, ohne daß man es für nötig erachtet, die Holzballen durch Klammern zc. miteinander zu verbinden, wodurch der Horizontalschnitt des Gebäudes durch die Balkenlage zur Unklarheit wird. — So liegt das Haus nun auf der Straße. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, der Staatsanwalt kommt nicht zur Thätigkeit. — Also frisch an's Werk, das noch Verwendbare herausgegrabbelt und dann schleunigt wieder hoch!

Ein Streik der Steinsetzwerke in Königberg i. Pr. hat nach fünfjähriger Dauer mit dem vollständigen Siege der Arbeiter geendet. Erungen sind folgende Forderungen: Minimallohn in der Stadt pro Stunde 30 A, Ueberstunden 40 A, über Land 35 A. Diesen Erfolg haben die Arbeiter lediglich der Organisation zu verdanken, wiewohl ja auch die kleine Anzahl nichtorganisirter Arbeiter in den Streik mit eingetreten waren. Diese ernten, wie stets, das, was die organisierten Arbeiter säen. Und gerade diese Arbeitererschaft liefert einen geradezu ekkelhaften Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Vor zwei Jahren bestand eine solche noch nicht, und da betrug der Lohn durchschnittlich 20-23 A pro Stunde. Im vorigen Jahre gingen die Arbeiter daran, sich zu organisieren, und ohne irgendwelchen nennenswerten Widerstand erzielte sie eine Erhöhung des Lohnes auf 23-25 A. Klammert man die diesjährige Lohnerhöhung hinzu, so ergibt sich die überraschende Thatsache, daß die Königberger Arbeiter durch den Anstich an den Verband der Steinsetzer und Berufsvereinigungen in einem einzigen Jahre eine Erhöhung ihres Lohnes um 50-100 pht. zu verzeichnen haben!

Zu Dresden wurde ein Hausland der an der vleten Elbseite beschlagnahmten Bildhauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Der betreffende Unternehmer bekam seinen Ertrag, und die Arbeiter bekamen die Arbeit nicht von Statten ging, so wurde vom Bildhauer ein anderer Unternehmer mit der Arbeit betraut. Dieser bewilligte die Gehaltsforderung, die sich auf Zahlung eines Arbeitslohnes von M. 350-380 richtete, während der erste Unternehmer höchstens M. 210 hatte zahlen wollen. Der Streik hat sechs Wochen gedauert. Mit ihm haben die Dresdener Bildhauer minnerde drei Ausstände siegreich beendet, und die Erklärung dessen liegt darin, daß die Bildhauer eine leistungsfähige Organisation haben.

In Gelsenkirchen ist auf Anregung der dortigen Bezirksstelle des Deutschen Volksarbeiterverbandes fast in allen Schreinerwerkstätten von den Meistern die zehnjährige Arbeitszeit eingeführt worden.

Ein Delegiertenkongress rhein. westf. Knappenvereine, der in Witten stattfand und zu welchem 48 Knappenvereine 96 Vertreter entsandt hatten, beschloß, von der Gründung eines „christlichen, unparteiischen Knappenbundes“ Abstand zu nehmen und dem Deutschen Arbeiterverband treu zu

bleiben und dessen Bestrebungen zu unterstützen. Dieser Beschluß ist freudig zu begrüßen; er zeigt auch, daß das Arbeiterthum unter den westfälischen Bergarbeitern seinen Einfluß verloren hat.

Für den nationalen Bergarbeiterkongress sucht das Bergarbeiterthum der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter diejenigen Bergleute zu gewinnen, die sich noch von der Geistlichkeit weit entfernt lassen. Dasselbe schreibt:

„Wer es aufrichtig mit den Bergleuten meint und wer ein Mitgefühl mit ihrer gedrückten Lage hat, kann das Aufstehen kommen eines nationalen Kongresses nur befeuern. Der einzige Einwand, es wäre noch nicht an der Zeit, einen nationalen Kongress abzuhalten, kann zutreffend nicht begründet werden. Bei ersten sämtlichen Vorgehen auf größtmögliche Umfassung von vornehmlich Bedacht nehmen muß, da es sonst zwecklos ist, und zweitens denjenigen Bergleuten, die etwa Misträuen und Zweifel am Gelingen liegen, mit dem nationalen Kongress logisch gezeigt wird, wohin die Bewegung führt, sich dadurch angezogen fühlen und mitgehen. Diese misträuungsvollen und zweifelhaften Bergleute werden dann eher der Bewegung angehören und sich am Vorgehen beteiligen. So wird ein nationaler Kongress nach zwei Richtungen: für Stärkung, Abgrenzung und Festigung der einheitlichen und vielfältig auch der speziellen Forderungen und zur Aufrechterhaltung, Erneuerung und Verfestigung der indifferenten Bergarbeiter. Der nationale Kongress ist rein gewerkschaftlich und hat mit den Tendenzen der Sozialdemokratie nichts zu thun.“

Die Bergarbeiter-Organisation. Der Beitritt in den deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband ist in Ober-Sachsen ein äußerst reger. So sind allein aus Babcze der Verbandstasse als Beitritts- und Mitgliedsbeiträge M. 880 zugeandt worden und vor einiger Zeit fast eine ebenso große Summe. Die Bergarbeiter in Sachsen wünschen eine Teilung des Verbandes und beschließen, für Obersachsen einen eigenen Verband zu gründen.

Ueber 17 000 Mitglieder hat jetzt der sächsische Bergarbeiterverband. Er soll man gegen die Organisation wolle, um so fröhlicher macht sie. Aus dem Senftenberger Revier wurde der „Märkischen Volksstimme“ berichtet: In Euro haben ein berittener und ein Fußgänger sowie der stellvertretende Ortsvorsteher bei dem Delegierten zum internationalen Bergarbeiterkongress, E. Pohl, eine resultative Hausführung nach dem Mitgliederverzeichnis des Bergarbeiterverbandes vorgenommen. Abgenommen wurden die Wähler: Pöbel's Frau und das Regel'sche Wiederbuch, sowie die Sammelliste Nr. 191 für die Deister Bergarbeiter. Aus fünf Kunitzschbüchern, die sich Pöbel angeeignet, haben die Hausdurchsucher die Namen notirt. Daß die Beamten so schlecht unterrichtet sind, Wähler zu konstatieren, die ungenügend in jeder Buchführung verfaßt werden dürfen, zeugt gerade nicht davon, daß sie sich groß um die Akte der zerbrosenen Wähler bekümmert haben, ebenso dürfte das Notieren der Namen aus den Protokollbüchern des Genossen Pöbel mit dem Geheh in keiner Weise in Einklang zu bringen sein, da nach § 110 der Strafprozessordnung eine Durchsicht der Papiere des von der Hausdurchsuchung Betroffenen nur dem Richter zusteht, oder wenn der Inhaber dies gestattet. Das Letztere ist hier aber absolut nicht der Fall. Wir werden ja sehen, wie die vorgelegte Bescheide die Handlungsweise der Beamten beurtheilt wird. Es ist eben noch ein Wandel in unserer Gesetzgebung, daß die Beamten für derartige Handlungen nicht haftbar gemacht werden — begreift aber eine Privatperson aus Unkenntnis der zahlreichen Strafparagrafen eine strafbare Handlung, dann heißt es: Unkenntnis der Gesetze scheidet nicht vor Strafe.

Das Gewerkschaftsstatut in Gera hat zur Annahme und Verbesserung von Beschwerden an den Fabrikinspektor eine Kommission niedergesetzt.

Die Dortmunder Gewerkschaftskommission beschäftigt die Gründung einer gemeinshaflichen Bibliothek der in ihr vertretenen Gewerkschaften. Der Plan ist so geacht, daß zunächst die Gewerkschaften ihren Büchervorrath

Das Recht auf die Produktionsmittel im Alterthum.

(Fortsetzung.)

Nabeu anderthalb Jahrhunderte vergingen unter unaufhörlichen Kämpfen, ohne daß ein weiterer ernsthafter Versuch zur Witterung des ungleichen Gegenstandes von Reich und Arm gemacht wurde; das höchste, was in dieser Hinsicht geschah, war, daß man ein altes Gesetz, die Lex Terentia, handhabte, welches jedem armen Bürger fünf Scheffel Getreide bestimmte, also schon mehr den Charakter praktischer Armen-Politik hatte. Roms ganze Kraft und Aufmerksamkeit war in Anspruch genommen zunächst durch den Carthagenischen Krieg und sodann durch die Kriege mit Kartago. Doch ruhte auch in dieser Zeit der innere Krieg um das Klein und Klein niemals ganz, und im Jahre 232 v. Chr. beschlagnahmte er die Parteien wieder in hohem Grade. Dem Tribun Cajus Flaminius gelang es, die Lex Flaminia durchzusetzen, wonach eine neue Bodenverteilung stattfand, und zwar betraf dieselbe das Land um Ariminum (das heutige Rimini), welches die Römer 289 v. Chr. kolonisirt hatten.

Böhl dient diese Maßregel dazu, dem sozialen Kampfe für kurze Zeit etwas von seiner Heftigkeit wieder zu nehmen, eine wirkliche und dauernde Besserung der sozialen Verhältnisse aber konnte, wie leicht ersichtlich, damit nicht erzielt werden. Viel mehr mochte, begründet durch manchelei Umstände, als rasche und glückliche Erfolge der römischen Waffen, Ausdehnung des Reiches zc., die Korruption immer fürchterlicher sich geltend. Das Volk geriet in die unerhörteste Abhängigkeit von den durch Kriegsgewinne und Wucherzinsen reich gewordenen Nobilität oder Oligarchie, der aus patriarchalen und plebejischen Familien entstehenden neuen Aristokratie. Die römische Staatsbürgergesetzgebung bestand nur noch aus großen Grundbesitzern und deren elenden Nachkorn und Knechten. Volkshändig verfallen war der ehemalige Kern des Staates, die Klasse der freien, selbstständigen Bodenbesitzer. Viele verarmte Bodenbesitzer waren bei Ausbruch der Kriege trotz gewesen, wenn sie ihr Besitzthum an die Nobilität veräußert und mit den Kriegserlösen versehen konnten. Das so aufgekaupte Land ward in unglücklichen Massen zusammengekauft und für Bedienung der Nobilität von Sklaven bebaut. Dazu kamen dann noch die vielen Wälder, welche im Kriege erworben waren,

zwar hatte man diese Wälder als zum ager publicus gehörig betrachtet, allein, da der Boden doch bebaut werden mußte, die meisten Plebejer aber in fremden Ländern waren, so übernahmen die Adligen dieses und setzten sich auf diese Weise stillschweigend, mit Umgehung des höchsten Gesetzes, in Besitz auch dieses Landes. Als dann die Kriege sich herminderten und die niederen römischen Bürger in die Grimaldi zurückkehrten, um sich an ihrem eigenen Herde umzusehen, fanden sie denselben öde und leer. Sie hatten die Welt erobert, sie waren die Herren ihres Vaterlandes, aber sie hatten keine Scholle Land im Heide, auf der sie ein Gericht Wälder bauen konnten.“ Was blieb diesen Bürgern anders übrig, als den Acker um Arbeit und Brot anzusehen? — Und das war bemerkt war, sie möglichst auf einer Stufe mit seinen Sklaven zu stellen, behauptet wohl kaum der Erwähnung. Viele Plebejer weigerten sich auch, freie Bürger in Arbeit zu nehmen, einmal, weil der Sklaven genug vorhanden waren und sodann auch aus politischen Gründen, indem man nämlich hoffte, durch den eisernen Druck der Noth die demokratische Verfassung zu Fall zu bringen.

Der Uebertritt der herrschenden Klassen, die Korruption wurde zur entsetzlichsten Plage gebracht durch ein Ereignis seltener Art: Der letzte Attalus, König von Pergamon, vermachte, da er ohne Erben starb, sein Land und seine ungeheuren Schätze der Republik. Das Land schuf man zur römischen Provinz um, die Schätze schaffte man nach Rom. „Ein Feind Roms hätte dem Staate kein schädlicheres Geschenk machen können.“ Verschwendung, Ueppigkeit, Frivolität in einem zuvor nie gekannten Maße rissen ein, die Klüft zwischen Reichthum und Armut immer mehr erweiternd und vertiefend.

Dieser Zustand Roms war die Veranlassung zu den Gracchianen Reform-Kämpfen, — dem tragischen Vorbild eines hundertjährigen Bürgerkrieges, in welchem der Boden der Republik mit dem Blute der eigenen Kinder arger als je zuvor mit dem Blute der Feinde bedrückt und der Republik selbst das Grab bereitet wurde.

In demselben Jahre, als die Schätze des Attalus nach Rom kamen (133 v. Chr.), wurde Libertus Sempronius

Erwin, „Geschichte des Alterthums“ II. S. 195. 2) Vgl. v. Müller, „Kleinasiatischer Völkchen der Geschichte“ IV, Kap. 19, Seite 106.

Gracchus, der adeligen Familie der Sempronier angehörnd, die sich stets durch strenge Gerechtigkeit ausgezeichnet hatte — zum Tribun erwählt.

Sofort richtete er sein Augenmerk auf die Wiederbesetzung, bezw. Erneuerung der im Prinzipalen Gesetz bestimmten Einschränkungen des Landbesitzes. Nur sohen es ihm unter den obwaltenden Umständen nicht räthlich, die Anwendung des Gesetzes in seiner ganzen Strenge zu fordern, obwohl er in seiner Wahrheits- und Gerechtigkeitsehrlichkeit sich nicht bezweifen konnte, daß die Aristokratie, was sie ihr Eigenthum nenne, vom Nationalgute getrennt habe. So beantragte er denn, daß, wer mehr als 500 Jugart für sich und 250 Jugart für jeden seiner Söhne im Besitz habe, das Mehr gegen eine aus dem Staatskassette zu gewöhnliche Entschädigung an die armen Bürger abtreten solle. — Befehl Vertreibung des auf diese Weise genannten Landes sollte eine Kommission niedergesetzt werden.

Trotzdem die Aristokratie und der mit ihr verbündete, weil aus ihr gebildete Senat, diesem Antrage mit aller Kraft sich widersetzen, wurde derselbe doch von der Volksversammlung, in welcher nicht nur die städtischen, sondern auch die ländlichen Proletarier theilnahmen, unter unentbehrlichem Jubel zum Gesetz erhoben. In die zur Ausführung bestimmte Kommission wurde Libertus selbst, sein Bruder Cajus und sein Schwägerer Appian Claudius gewählt.

Energisch und allen Hindernissen trotzend, welche die Aristokratie ihnen bereitet, gingen die drei Männer an die Lösung ihrer ungemünzten schwierigen Aufgabe. Bald jedoch überzeugten sie sich, daß das der Vertheilung unterliegende Land nicht ausreichend sei, um alle armen Bürger zu befriedigen, sowie auch, daß es den meisten derselben selbst an den geringen Mittelstücken fehlte, sich auf dem ihnen zugewiesenen Eigenthum einzurichten. Libertus beantragte deshalb die Vertheilung der Schätze des Attalus unter die armen Bürger. Um dem Senat die Macht zu nehmen, aus den Einkünften des Attalus'schen Landes die Aristokratie zu begünstigen, beantragte er ferner, die Verwaltung dieser Einkünfte dem Senate zu entziehen und auf die Comizien (Erwählungsversammlungen, welche über Anträge ohne vorgängige Sitzung des Senats beschließen lassen konnten) zu übertragen. — Auch diese beiden Anträge wurden zum Gesetz erhoben und darnach versahen.

leiseweise an die Kommission abtreten; diese hat die Verwaltung der Bibliothek und deren gute Instandhaltung zu besorgen.

In Dortmund war die Abhaltung eines Festes der Gewerkschaften von der Polizei verboten worden. Die Verantwortlichen sollten sofort jemand zur Regierung nach Arnberg, um Beschwerde zu führen. Die Besetzung war vergeblich, weil in Arnberg zu der betreffenden Zeit kein Regierungsbeamter angetroffen wurde. Eine darauf abgeleitete Beschwerde, worin angefragt wurde, wann eine Audienz gewünscht werden könne, blieb unbeantwortet, trotzdem die Mikantantwort bezog sich auf die Besetzung. Die nunmehr schriftlich eingereichte Beschwerde wurde von der Arnberger Regierung mit folgender Begründung zurückgewiesen: Die Polizeiverwaltungen sind wiederholt angewiesen worden, bei übermäßigen Häufungen und Ausdehnung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten entgegenzutreten, wobei es keinen Unterschied macht, ob Gastwirthe oder Vereine als Unternehmer auftreten. Den Anträgen von Vereinen auf Genehmigung öffentlicher Tanzlustbarkeiten kann daher nur entsprochen werden, wenn aus besonderen Gründen, welche im vorliegenden Falle nicht vorliegen, eine Abweichung von der allgemeinen Regel gerechtfertigt erscheint.

Die Dortmunder Arbeiter haben nun in einer Volksversammlung den Vorstand der Gewerkschaftskommission beauftragt, gegen den Entschluß der Arnberger Regierung Beschwerde beim Ministerium des Innern zu erheben.

Genau die Gewerkschaften hegt die freikonserervative „Post“. Sie meint in einer Besprechung in der Berlin wegen der Boykottfrage abgehaltenen 39 Gewerkschafts-Versammlungen, es ergebe daraus, wie zutreffend die Behauptungen waren, welche herabgesetzt von Seiten der Reichspartei gegen den Reichstag vom Centrum und den Freisinnigen eingeleiteten Gesandtschaften auf Verleihung der Korporationsrechte an Fachvereine aller Art erhoben worden sind. Die geplante Maßregel würde, wie die Einzelmitglieder der Gewerkschaften in den Versammlungen deutlich erkennen läßt, vor Allem die Wirkung gehabt haben, der Sozialdemokratie eine feste und rechtlich gesicherte Organisation zur Durchführung des wirtschaftlichen Krieges, von Ausständen und Boykotts, zur Verfügung zu stellen und ihr für alle auf den Lohnkampf der bestehenden Rechte- und Staatsordnung gerichteten Bestrebungen eine reguläre Kruppe zu organisieren. Gerade die revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie, in denen sie mit dem Anarchismus einig ist, würden daher durch diese Maßregel gefördert worden sein, und es darf angenommen werden, daß auch denjenigen unter ihren Anhängern, welche bona fide von der Hoffnung auf eine friedliche Tendenz derselben geleitet wurden, jetzt die Schuppen von den Augen gefallen sind.

Die ganze Argumentation fällt durch die Thatsache in Nichts zusammen, daß die Gewerkschaften selber erst durch die mit den Brauereibesitzern verbundenen Sozialistischer Boykott worden sind und daher den Titel nur umflehren, wenn sie die Lokale meiden, wo Mitglieder versammelt sind.

„Eine strenge gewerkschaftliche Organisation“, so schreibt der „Post“, bedeutet ein gutes Stück Arbeiterpflicht und würde in tausenden von Fällen die räuberischen Absichten gewisser Unternehmer schon im Keime ersticken. Sie wäre zugleich eine werthvolle Kontrollinstanz, welche Hunderte von Gesetzesverletzungen, die heute ungeschändet bleiben, weil sie weder der Presse noch den Staatsbehörden zur Kenntnis gelangen, an's Tageslicht zöge und durch ihre Wirkksamkeit lässliche Behörden zwänge, mit mehr Fleiß und Gewissenhaftigkeit über die richtige Handhabung der Arbeitsvertragsgesetze zu wachen. Es kann daher den nichtorganisirten Arbeitern nicht oft genug gesagt werden: Organisiert Euch!

In Reichensberg in Böhmen wurde ein Streik der Bauarbeiter nach achtstägiger Dauer beendet. Die Arbeiter haben am 1. Januar eine den Arbeiterforderungen entsprechende Lohnsteigerung angefordert. Daraufhin einigte man sich auf einen Minimallohn von fünf bis 8 kr. für Männer, 4 kr. für Frauen und 3 1/2 kr. für Kinder und Jugendliche.

„Achtler-Streik in West.“ In einer am Sonntag vor acht Tagen dort abgehaltenen Versammlung von etwa 5000 Teilnehmer wurde einstimmig beschlossen, bei denjenigen Meistern, welche die Forderungen der Gehälter zurückgelehnt

haben, die Arbeit sofort einzustellen. Zugut ist streng fern zu halten.

„Eine interessante Rohabewegung der Amsterdamer Zimmerleute wird dem „Vorwärts“ gemeldet. Vor einigen Monaten hatte der Amsterdamer Gemeinderath den Beschluß gefaßt, bei den Submissionsauschreibungen einen Bezug zu machen auf die Feststellung von Minimallohnern und einer Maximalarbeitszeit. Am 1. August wurde die Probe beendet und, weil die Maßregel sich als nicht erwies, beschloß man, von jetzt in alle Submissionsauschreibungen die Bedingung einer Maximalarbeitszeit von 11 Tagesstunden im Sommer und 10 im Winter, und eines Minimallohnes von 23 Cts. (36 A) aufzunehmen. Die Zimmerleute haben nun diese Gelegenheit benutzt, um zu versuchen, diese Forderung des Arbeiterlohnens auf bei allen Privatunternehmern durchzusetzen. Sie kündigten zu diesem Zwecke eine allgemeine Arbeitseinstellung an und hatten den Erfolg, daß die vornehmlichen Unternehmer, die allerdings schon früher versprochen hatten, dem Gemeinderath in der geschilderten Richtung zu folgen, sofort in die Forderungen der Arbeiter willigten. Die ausgezeichnete Organisation dieser Arbeitseinstellung, die würdige Haltung der Streikenden und die Thatsache, daß der Gemeinderath das gute Beispiel gegeben hat, sichern den Arbeitern die Sympathie der Bürgerchaft. Das bürgerlich-sozialistische „Amsterdamer Tagesblatt“ hat sich vollständig auf die Seite der Arbeiter gestellt. Gut 40 Unternehmer verzweigten sich bei jetzt noch ihre Einwilligung, unter ihnen bilden die Kaufmänner, die Spekulanten, die Majordant. Einige zwanglos haben noch keine Antwort gegeben, aber alle anderen Unternehmer, mit denen man zu rechnen hat, haben jetzt schon bewilligt. 120 Arbeiter sind ausständig. Wo die Organisation eine so gute ist und der richtige Moment zur Arbeitseinstellung ergriffen wird, wie das bei den Zimmerern der Fall, kann man ruhig voraussetzen, daß die Arbeiter den Sieg binnen kürzester Zeit erringen werden.

Der internationale Textilarbeiterkongress, welcher in Bancafire sagte, hat einen sehr günstigen Verlauf genommen. Seltener haben die internationalen Zusammenkünfte von organisirten Arbeitern verschiedener Länder eine so große Einnahme erzielt aufzuweisen gehabt, wie der eben beendigte Kongress. Bedauernd erregte nur die Abwesenheit von Vertretern der deutschen Textilarbeiter, diese wollten, wie ein auf dem Kongresse beendeter Brief erklärte, in Anbetracht der schlechten finanziellen Lage der deutschen Organisations den internationalen Kongress bis 1896, d. h. bis zum allgemeinen sozialistischen Arbeiterkongress, verschoben wissen und hielten sich hierbei auf eine Beobachtung der 1893 in Zürich anwesenden Textilarbeiter, die es für besser hielten, so lange zu warten. Es ist im höchsten Grade bemerkenswerth, daß gerade die englischen Gewerkschaftsführer, die wie z. B. der Abgeordnete des Kongresses, D. Holmes, noch vor Kurzem die Arbeiter des europäischen Festlandes als unpraktische Volkswandlirer betrachteten und jegliche Gemeinschaft mit denselben voller Enttäuschung abweisen, in erster Linie auf die zeitliche Abhaltung eines internationalen Textilarbeiterkongresses drangen und sich mit den 1893 in Doubaig versammelten Delegirten der französischen Textilindustrie beiführender Einberufung des internationalen Kongresses verständigten. Auf dem Kongresse waren etwa 179 000 Arbeiter vertreten; von diesen fielen auf England allein 160 000; es sind dies vornehmlich die Spinner und Weber von Bancafire und Yorkshire; die Zahl der britischen Delegirten betrug 42. 7600 Franzosen waren durch 4 Delegirte (von Lille, Calais und Roubaig), 2500 Belgier durch gleichfalls 4 (von Gent und Werlevers), 15 000 Amerikaner, 5000 Oesterreicher, 500 Dänen und 500 Holländer durch je einen Delegirten vertreten. Unter den französischen Vertretern befand sich der sozialistische Maire von Roubaig, S. Carre; der amerikanische Delegirte S. Howard hatte verschiedene Jahre hindurch dem Senate von Massachusetts angehört.

Ueber die gesetzliche Einföhrung des achtstündigen Arbeitstages herrscht eine absolute Einmütigkeit auf dem Kongresse. Nicht nur widerlegte sich kein Engländer der darauf bezüglichen Resolution, wie einige kontinentale sozialistische Delegirte bestritten hatten, sondern der englische Arbeiter, E. H. Ashton, erklärte mit großer Energie, die englischen Organi-

stationen würden keinen Kandidaten mehr bei den Wahlen unterstützen, der Gegner des Achtstundentages sei; einige Delegirte aus Yorkshire gingen noch weiter, behaupten die Wichtigkeit einer direkten Arbeitervertretung im Parlament und führten die jüngsten Fortschritte in der sozialen Bewegung auf die Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei zurück. Dies zeigt von Neuem, wie sehr die englischen Trades-Unions in längerer Zeit den Werth der politischen Aktion anerkannt.

S. Rawdshay, der energische und äußerst tüchtige Sekretär des englischen Textilarbeiterverbandes, ein Mann, der mit den Vertretern des Unternehmertums wie ein Weisler mit Weisem verfährt, fand keinen Widerspruch, als er sagte, das Gelingen der Forderung in England bestände in der vorerwähnten gewerkschaftlichen Organisation und namentlich in der regelmäßigen Bezahlung der Beiträge; alle fremden Delegirten erkannten an, daß sie praktisch unendlich viel von den Engländern lernen könnten.

Allgemein erkannte man den Werth der internationalen Organisation an; man will sich gegenseitig Nachrichten über die Höhe der Löhne und die Dauer der Arbeitszeit liefern und dann gemeinsame Forderungen an die Unternehmer aller Länder stellen, Tarife festsetzen, Kontrollmarken schaffen etc. Praktisch konnte jedoch auf diesem ersten Textilarbeiterkongresse noch nichts Bestimmtes unternommen werden; diese Arbeit geht auf dem nächsten internationalen Kongresse, der 1896 in Gent stattfinden wird, begonnen werden. Der Vorstoß der Franzosen, ein internationales Fachblatt für die Textilindustrie herauszugeben, wurde für unausführbar gehalten. Die internationale Thätigkeit wird sich vorläufig auf den Austausch von Korrespondenzen und das Sammeln von Geldmitteln beschränken. Hiermit wurden die Delegirten Holmes und Rawdshay beauftragt, welche das Exekutiv-Komitee der Textilarbeiter von Bancafire und Yorkshire kontrollieren soll.

Konferenz der Maurer von Rheinland und Westfalen.

Auf Anregung der Maurer verschiedener Städte Rheinlands, Westfalens fand am 29. Juli in Essen im großen Kräftigen Saale eine Konferenz statt, welcher Vertreter der Maurer aus einer größeren Zahl Städte der beiden Provinzen und aus dem Abgeschiedenen beizuhören. Zweck der Konferenz war, zu beraten, in welcher Weise unter den Maurern Rheinlands und Westfalens die Organisation zu heben und die Organisation am zweckmäßigsten zu führen sei, bezw. Fassung dementsprechender Beschlüsse.

In den Verhandlungen nahmen als Gäste Theil der Vertreter des Generalvollmächtigten, Herr D. Meiburg aus Hamburg und ein Vertreter des Gewerkschaftsartikels zu Essen.

Die Konferenz wurde vom 10. Uhr bis 10 Uhr von dem hiesigen Vertrauensmann, Herrn Rohns, mit einigen an die Delegirten gerichteten Willkommensworten und mit einem kurzen Hinweis auf den Zweck der Verhandlungen eröffnet.

Herr D. Meiburg, welcher hierauf provisorisch den Vorsitz übernahm, begründete ebenfalls die Erklärungen und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen dazu beitragen werden, die überaus mißliche Lage der Maurer in Rheinland und Westfalen zu heben.

Nachdem eine aus vier Mitglieder bestehende Mandatsprüfungskommission gewählt war, trat eine kurze Pause ein, nach welcher ein Abgeschiedener Vertreter Namens der Mandatsprüfungskommission Bericht erstattete. Darnach waren die Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Sterkrade, Köln, Dombro (Obbe), Menden, Westf., Willems-Ruhr, Münster, Mettinghausen, Soest, Solingen und Wesel mit 26 Delegirten vertreten.

Als Vetter der Konferenzverhandlungen wurden Johann gewählt die Herren C. H. D. Duisburg und B. A. Düsseldorf als Vorsitzende, H. O. Köln und D. B. Solingen als Schriftführer.

Der Vorsitzende bekannt, daß die Tagesordnung folgende Punkte umfaßt: 1. Bericht der Delegirten über die

Aber die Aristokratie geriet darüber, „Hochverrat“ und „Umschlag der bestehenden Ordnung“ sprächen, in fürchterliche Wuth; sie erregte ein Aufsehen, in welchem Hieronimus ermordet wurde. Das Reformwerk kam auf einige Zeit in's Stocken. Alsbald aber nahm der Gemordeten jüngerer Bruder, C. J. S., daselbst wieder auf und zunächst mit Glück; die Lex Sompromia wurde, ungeachtet des Widerstandes der Aristokratie, durchgeführt. Im Uebrigen sah C. J. S. in der Auswanderung nach den eroberten aufständischen Ländern ein Mittel, der Arbeit die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu verschaffen und so der Verarmung Einhalt zu thun; er stellte deshalb den Antrag, auf dem Boden Karthagos Bürgerkolonien zu gründen. Die Aristokratie verstand jedoch anfänglich dieses Antrages die Popularität des C. J. S. zu untergraben. Sie ließ durch den von ihr bestochenen Tribun Livius Drusus dem Volke die Auslegung von Bürgerkolonien in Italien selbst verkörpern. Dieses Mittel wirkte; das Volk war blind gegen den bewährtesten Spiel zu vertrauen; es verließ den C. J. S. und überleitete sich seinen gewöhnlichen Feinden, um zwar bald, jedoch zu spät, einzusehen, wie schamlos es betrogen worden.

Der Sturz des C. J. S. Gracchus war gleichbedeutend mit dem Sturz der von ihm vertretenen Weise; schon erhob der Uebermuth der Aristokratie wieder das Haupt. Aber bereits zwölf Jahre später (111 v. Chr.) sah sie sich zu einer neuen Vereinbarung mit den Plebejern genöthigt. Es wurde die Lex Thoria erlassen, welche bestimmte, daß der ager publicus zwar nicht mehr vertheilt werden, daß jedoch alles nach der Lex Sompromia bisher vertheilte Land den Plebejern unter der Bedingung der Steuerpflichtigkeit verbleiben sollte.

Im Jahre 100 v. Chr. waren der Prätor Servilius Glaucius und der Tribun A. P. Saturninus im Bunde mit dem Consul Marius sich auf, um das Programm der Gracchen in erweitertem Umfange durchzuführen. Es kam dabei zum Straßenkampfe, in welchem Glaucius und Saturninus fielen. Raum neun Jahre später (91 v. Chr.) gelang es dem Tribun Marius Vibius Rufus, Sohn des in den Gracchischen Kämpfen ermordeten Rufus, aber ebenbürtiger als dieser, eine neue Landvertheilung und ein Gesetz über Kornpreise durchzuführen. Doch noch in derselben Stunde fiel er unter den Dolchen der von Aristokraten gebildeten Mordanschläger, und mit ihm sein Gesetz. Der Senat beschloß, daß Jeder,

der es wagen würde, dasselbe wieder in Vorschlag zu bringen, als Verräther und Feind der Republik behandelt werden sollte. Es folgte nunmehr die Gründung der ersten Ritterkavallerie Legionen. — Inzwischen aber artete in der Hauptstadt der Krieg um's Eigenthum immer häufiger in offene Gewaltthat und Mordverbrechen aus. Aus diesem Anlaß wurde 88 v. Chr. die Lex Julia et Plautia gegeben, welche bewaffnete Zusammenkünfte verboten und unter anderen Bestimmungen auch diejenige enthielt, daß Grundbesitz, deren Besitzer mit Gewalt betrieben wurden, der Usurpation (d. h. der Erwerbung durch Verjährung) entzogen sein sollten.

Wieder machte die Verarmung der Massen riesige Fortschritte. Das Schuldentwesen nahm eine so drohende Gestalt an, daß (82 v. Chr.) ein Gesetz des Consul S. Valerius Flaccus, die Lex Valeria, Annahme fand, wonach 75 Pct. von allen Schulden erlassen werden mußten. Um dieselbe Zeit gab der aus dem Kampfe mit dem Consul C. J. S. Marius siegreich herorgegangene Diktator Cornelius Sulla ein bis dahin unerreichtes Beispiel von Willkür in Behandlung der Eigenthümer: er konfiszirte das Ackerland seiner Gegner und vertheilte dasselbe unter seine Soldaten. Die diesen Gewaltthat regelnden Gesetze sind bekannt unter dem Namen Leges Corneliae agrariae.

Von weitem; die Eigenthumsfrage betreffenden Maßnahmen aus jener Zeit sind noch bemerkenswerth: C. J. S. Lex Julia (69 v. Chr.), welche die Vertheilung der noch zur Verfügung stehenden Staatsländereien an 20 000 Bürger bestimmte. (Cicero bestimmte diese Zahl, weil er in demselben Willig mit Recht nichts Anderes sah als ein Mittel, das Volk für die auf den Sturz der Republik hinzustehenden Pläne C. J. S. zu gewinnen.) Sodann die Lex Antonia (44 v. Chr.), welche die Vertheilung von Ländereien in den pontinischen Sümpfen (einem damals schon sehr vermaurerten Landstrich zwischen dem Sabineergebirge und dem Tyrrhenischen Meere), sowie die Gründung neuer Kolonien anordnete.

Auch Kaiser Octavian (27 v. Chr. bis 19 n. Chr.) nahm eine neue Landvertheilung an Unmittelbar vor. Später erfolgten unter den Kaisern Nero (68–98 n. Chr.) und Trajan (98–117 n. Chr.) wiederum, durch gesetzgebende Akte Ackerlandvertheilungen an bedürftige Staatsangehörige; Trajan vertheilte in das 106 n. Chr. von ihm neueroberete Daenen, welches durch

den Krieg und die Auswanderung der meisten seiner Bewohner fast ganz entvölkert war, die Unbegüterten anderer römischer Provinzen.

Mit diesen Akten hatte die römische Agrargesetzgebung ihr Ende erreicht, ohne daß eine wirklich gesetzliche Regelung der Vertheilung von Grund und Boden zu Stande gekommen wäre. Wohl fanden auch später noch Landvertheilungen statt, aber nicht mehr, wie bis dahin, zu dem Zwecke, das Mißverhältnis zwischen Arm und Reich zu mildern; diese späteren Landvertheilungen trugen vielmehr beizühören den Charakter von Schenkungen, welche die von der Armee in Abhängigkeit befindlichen Kaiser den Soldaten machten, um sich deren Gunst zu sichern.

Im Jahre 818 n. Chr. erfolgte die Anerkennung des Christenthums von Seiten des Staates durch den Kaiser Konstantin; bislang die unterdrückte Religion, erhielt es jetzt zunächst mit dem Eigentum gleiche politische Berechtigung, und gar bald war es die beherrschte, die bevorzugte, die dominierende Staatsreligion.

Aber der sogenannte „große“ Konstantin verdaß seinen Untertanen die Lust an der Arbeit gründlich, indem er die bis dahin an den Grenzen des Reiches postirt gewesenen Kriegsheere in das Innere des Reiches zog und den Einwohnern die ungeheure Last der direkten Erhaltung derselben ohne alle Entschädigung aufbürdete. Doppeltes Unheil kam dadurch über das Reich; es wurde feindlichen Einfällen preisgegeben, unter denen besonders die den Grenzen zunächst gelegenen Provinzen außerordentlich litten; die inneren Provinzen wurden, selbst in Zeiten des Friedens, von der eigenen Kriegsmacht ausgehöhlt, noch mehr dann, wenn es galt, einem eingeschlichenen Feind entgegenzutreten. Da schonte weder der eine noch der andere Theil des Landmanns Saat und Frucht, ihm damit die Löhne preibend, daß es besser sei, den Acker nicht zu bebauen, als ihn mit Saat und Frucht der Furie des Krieges zum Opfer zu stellen.

Die seit zunehmende Massenarmuth machte ein Verarmungs Gesetz, welches Kaiser Konstantin im Jahre 315 zur Unterhaltung und Abwehr der Plebejer erließ, nothwendig; die Armen sollten durch jährliche Beistehungen aus dem Staatschatz unterstützt werden.

Später legte das Kanonische Recht den Fürsten und Obrigkeiten die Pflicht auf, für den Unterhalt arbeitsloser und bedürftiger Bürger zu sorgen. (Fortf. folgt.)

Lage in den einzelnen Orten. 2. Organisation und Agitation und 3. Beschäftigung. Herr W a r t e l s ersticht die Vertreter, welche das Wort nehmen werden, sich möglichst kurz zu fassen, hauptsächlich ein gedrängtes Bild zu geben über den Stand der Dinge in den letzten Jahren, ob dieselben gestiegen oder gesunken, ferner über die Dauer der Arbeitszeit und Lebensumstände.

Es wird nun in Punkt 1 der Tagesordnung eingetreten: Bericht der Vertreter der Delegierten über die Lage der Maurer in den einzelnen Orten.

Der Vertreter von Essen berichtet, daß, obwohl hier in diesem wie in dem Vorjahre außerordentlich viel gebaut wurde, der Lohn in Verhältnis zu früheren Jahren geringer, die Arbeitszeit, besonders die freiwillige Arbeitszeit, eine längere sei. Dieser traurige Zustand sei lediglich dem Individualismus des größten Theiles der Arbeiter zuzuschreiben. Die Bewegung sei 1886 eingetragenen in Fuß gekommen, infolgedessen war auch der Lohn ein annähernd angemessener; bis 1891, in welchem Jahre es auch gelang, die Arbeitszeit etwas zu kürzen und eine 17-tägige Mittagspause einzuführen, sei es auch so ziemlich gut gegangen; von selbst gefunden die Meister den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 38 auf 40 bis 43 pro Stunde zu. Seit dem Jahre 1892 sei leider aber ein Rückschlag zu verzeichnen, welcher wohl hauptsächlich dem starken Zugang von auswärtig zugewanderten ist. Während Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre hier 1200 bis höchstens 1500 Maurer beschäftigt wurden, sind heute 2000 bis 2500 hier thätig. Von einer geregelten Arbeitszeit kann kaum mehr die Rede sein; in den meisten Fällen wird gearbeitet von 4 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends. Dieser langen und anstrengten Arbeitszeit sind jedenfalls die jetzt immer häufiger werdenden Unfälle mit zuzuschreiben. In den letzten Monaten sind hier bei Bauten mehr Unfälle vorgefallen, als in den letzten Jahren zusammen genommen. Die Ursache, was sie heute hier befehen, sind nur eine Folge des Umstandes, daß sich die Maurer nicht der Organisation anschließen, sich so gut wie um garrichts kümmern. Im Frühjahr ziehen hier aus dem Oberlande eine große Zahl Maurer zu, ihre Familien in der Heimath zurücklassend. Diese Leute arbeiten auf das Angestrengteste, haben keinerlei Bedürfnisse, leben auf das Allereinstache, zum Frühstück ein Stück trockenes Brot und Wasser, das Mittagessen, welches ebenfalls darnach ist, stellen sie sich in vielen Fällen selbst, und so wird gearbeitet von Morgens früh bis Abends spät, nur, um möglichst viel Geld nach Hause schicken zu können. Die Schlafstellen dieser Leute sind in vielen Fällen unter aller Kanone; 4 bis 6 Mann schlafen in einem Raume; gerabau polsterlos sind die Zustände. Die Polizeibehörde würde jedenfalls gut thun, diese Schlafstube einer gründlichen Revision zu unterziehen, dieselbe könnte sich auf erstreden auf die Sanitätsvorrichtungen, welche an jedem Bau angebracht sein sollen. Bei den Bauten geht jetzt Alles im Hurra, deshalb jedenfalls auch die älteren Unfälle. Daß unter solchen Verhältnissen die einheimischen Arbeiter schwer leiden müssen, versteht sich von selbst. Die Arbeitgeber wissen, daß sie billige Arbeitskräfte erhalten können; stellt sich ein Arbeiter etwas unzufrieden, so heißt es gleich, Du kannst gehen, wir bekommen hundert andere für Dich. Die Leute bieten sich selbst zu geringeren Löhnen an, infolgedessen ist auch die Behandlung der Arbeiter eine dementsprechende. Während die Organisation der Maurer zur Zeit, als 1500 hier beschäftigt waren, zu 300 Mitglieder zählte, zählt dieselbe heute bei 2000 bis 2500 Maurern kaum 160. Derselben traurigen Verhältnisse treffen auch auf die benachbarten Orte zu.

Auch der Vertreter von Duisburg kann ebenfalls wieder auf die Organisation noch auf die Arbeitsverhältnisse am dortigen Werke ein Wort sagen; im Allgemeinen seien die Verhältnisse so schlecht wie in Essen. Auch in Duisburg habe früher eine feste Organisation bestanden; zu jähre die damalige Fachvereinigung über 200 Mitglieder. Der unglückliche Verlauf des Hamburger Streiks war auch hier von nachtheiligem Einfluß. Dazu kam das extreme Verhalten einiger Arbeiter in öffentlichen Versammlungen, in welchen Religionsreden häufig gehalten wurden. Dadurch aber rief man der Waise vor dem Kopf und gab den Gegnern der Organisation willkommenen Anlaß zur Bekämpfung. Es ist bei uns so weit gekommen, daß die christlichen Vereine, so z. B. der katholische Gesellenverein, ihren Mitgliedsrecht verlierten der Organisation anzugehören. Der Individualismus der Waise spielt auch hier eine große Rolle; die meisten Arbeiter haben noch gar keinen Begriff von dem Nutzen einer starken Organisation, selbst das Fehlen der Waise konnte sie bisher nicht eines Besseren belehren. Während früher der Stundenlohn auf 42 1/2 stand, wird heute durchschnittlich ein solcher von 34 1/2 gezahlt. Selbst wenn sie noch einen geringeren Lohn bekämen, würden sie noch darum betteln, nur weiter arbeiten zu dürfen. Leider bekümmern sich heute in Duisburg selbst Leute nicht mehr um die Organisation, welche früher als tüchtige Kollegen bekannt waren und als Vertreter zu Kongressen gewählt wurden und z. B. Vorsitzender des Fachvereins gewesen sind. Es ist kaum zu glauben, daß solche Leute so gesinnungslos sein können. Selbstverständlich ist auch die Arbeitszeit eine ausgebeutete, im Allgemeinen also sind die Verhältnisse in Duisburg keine erfreulichen.

Der Vertreter von Reddinghausen kann sich im Allgemeinen auch in Bezug auf die Verhältnisse in seinem Ort dem von den Borreuren Gesagten anschließen. Der Lohn, welcher in den letzten Jahren geblieben, ist in diesem Jahre trotz genügender Arbeitslosigkeit gefallen. Die Organisation werde hier auch dadurch beunruhigt, daß man sie als sozialdemokratische bezeichnet. So wird z. B. das Vereinslokal der Maurer das „rothe Lokal“ genannt, trotzdem der Verein mit der Politik nichts zu thun hat.

Der Vertreter aus Dortmund berichtet, daß das, was von Essen und Duisburg gesagt wurde, auch auf Dortmund zutrifft. Die Lage der Maurer sei auch hier, insbesondere was Lohn und Arbeitszeit betrefte, sehr zurückgegangen. Dasselbe sei auch von der Organisation zu sagen. Im Frühjahr reisen auch hier viele Arbeiter aus dem Sauerlande zu, um Arbeit zu finden, sie wieder nach Hause. Die Lebensweise dieser Arbeiter beeinflusst auch hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 1887 gelang es, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu kürzen, die Arbeitszeit war eine 10 1/2-tägige, der Lohn betrug 40 pro Stunde. Heute ist die Arbeitszeit schon wieder eine elfstündige, der Lohn auf 38 bis 32 1/2 gesunken, nur in besonderen Fällen werde noch solcher von 40 1/2 gezahlt. Mit den Sanitätsvorrichtungen ist es ebenfalls sehr traurig bestellt; macht einer bei der Arbeit am Schornstein einen Fehltritt, dann steigt er gleich herab bis in den Keller. Die Bau-Konjunktur sei gegenwärtig eine ganz gute, aber das Angebot ein zu starkes, so daß die Unternehmer Arbeiter zu jedem Lohn erhalten können

Trotzdem Dortmund eine Stadt von 100 000 Einwohnern, sieht es mit der Organisation sehr traurig aus; gegenwärtig gehören derselben kaum 80 Mitglieder an.

Der Vertreter von Münster glaubt in der Lage zu sein, ein etwas erfreulicherer Bild geben zu können. Münster sei eine Stadt, in welcher die gewerkschaftliche Bewegung fast vollständig darniederlag. Einer eifrigen Agitation aber ist es zu danken, wenn sich dieselbe jetzt etwas gehoben und begründete Aussicht vorhanden ist, daß sich dieselbe auch noch ferner heben wird. Vor vier Jahren bestand hier noch ein Fachverein der Maurer; Lohn wurde damals M. 2.50 pro Tag gezahlt, heute ein solcher von 35 1/2 pro Stunde. Leider wurde die damalige Organisation systematisch zu Grunde gerichtet, sowohl von den Arbeitgebern wie von Behörden durch Sozialabtreiber und dergl. Mittel. Als zu diesem Zeitpunkt hatte Münster keine Organisation mehr, selbstverständlich war die Folge Juridikation des Lohnes. Der Versuch, die Münsteraner wieder aufzuheben, ist gelungen und wird auch noch weiter gelingen; wiederum ist der Ueberzeugung, daß in kurzer Zeit Münster eine feste Organisation besitzen wird trotz aller Bestrebungen seitens der Feinde. Etwa 15 bis 20 p. Ct. der dortigen Maurer gehören gegenwärtig schon zur Organisation. Die Versammlungen werden im Allgemeinen gut besucht, doch einen weit größeren Werth haben die persönliche Agitation; er empfielt dieselbe allen Kollegen an anderen Orten. Die Agitation von Mund zu Mund arbeite zwar langsam aber sicher.

Der Vertreter aus Iserlohn kann nur Ungünstiges von dort berichten. Der Stundenlohn betrage 25, 35 bis 40 1/2; im Frühjahr spiele jeder Handlanger Maurer, das sind die 25 Pfennig-Leute. Erst sind die Leute eine Zeit lang Handlanger, dann werden sie von den Meistern, falls gerade einige Arbeitskräfte fehlen, in die Wände gestellt und mauern sich drauf los. Auch hier bekämpfte der katholische Gesellenverein die Organisation. Die Arbeitszeit ist eigentlich eine 10 1/2-tägige; Lebensumstände werden jetzt keine gemacht, da keine zu machen sind. Infolge neuer Bauverordnungen, welche der Bürgermeister erlassen, werde zur Zeit nur wenig gebaut. Gegen dieses Ortsstatut wird seitens der Bürger Protest erhoben werden.

Nach dem Bericht des Vertreters aus Bochum ist von dort nichts Besseres als von Essen, Dortmund usw. zu melden. Die Bauwirtschaft sei hier zwar eine sehr rege, doch selbst die Baueigentümer einen Ring gelbter und den Preis für die Steine um etwa fünf Prozent erhöht, haben die Arbeitgeber die Waise zum 10. bis erhöht, so daß den Preisausfall für die Steine die Arbeiter zu tragen haben. Hier sei die Zinnung sehr stark vertreten, fast alle Häuser werden derselben aus; mit der Organisation dagegen ist es schwarz bestellt. Der Lohn, welcher 1892 noch auf 42 1/2 pro Stunde stand, sei auf 37 1/2 gesunken; es werden gezahlt 31, 33 bis 38 1/2 pro Stunde, Feinige, und zwar solche, welche mit den Meistern besonders gut stehen; sogenannten Bauhülfsleute, erhalten 40 1/2 pro Stunde. Infolge der starken Bauwirtschaft sei man in Bochum wieder zu einer Position des Verbandes gekommen; es ist auch Hoffnung vorhanden, daß es wieder besser wird. Von einer geregelten Arbeitszeit kann keine Rede sein.

Der Vertreter aus Amsburg berichtet, daß trotz der starken Mitgliederzahl der Lohn infolge des Zinnsystems nur 30 1/2 pro Stunde betrage. Das heißt, ausgezahlt erhält man des Sonntags nur M. 10-12; der Rest bleibt stehen und erst zu Neujahr wird abgerechnet; bis zu dieser Zeit bleibt der Lohn stehen Ueber Zugang haben wir nicht zu klagen, im Gegenteil, die Leute gehen, so bald es geht, von hier fortzukommen. (Aufe: kein Wunder!) Schlußvorträge können wir garnicht. Die Arbeitszeit ist eine elfstündige.

Einer der Vertreter aus Köln berichtet, daß man nach dem bis jetzt Gesagten wohl annehmen wird, von Köln, weil Metropole der Rheinprovinz, ein anderes Bild zu erhalten, aber selbsteingestanden; dasselbe Klagebild muß auch von Köln festgestellt werden. Die Organisation löse sich zu wünschen übrig; die große Masse weiß nicht, was sie thun soll. Auf die Waise der kleineren Arbeiter treffe das Sozialgesetz. Früher wurde 10 1/2 Stunden gearbeitet, heute ist eine Feststellung betr. der Arbeitszeit fast unmöglich, ebenso geht es mit den Löhnen. So lange Arbeitszeit besteht, findet man selbstverständlich auch die niedrigsten Löhne. Die Organisation zählt früher über 500 Mitglieder, die heutige Zahl muß man sich schämen anzugeben. Aber dieser mittlere Zustand liegt durchaus nicht an den Führern, die Köhner selbst sind Schuld daran. Die Köhner meinen, wenn sie heute einer Organisation beitreten, dann müssen sie morgen schon Vorrechte davon haben. Wir können hier wieder durchschüttelten Stundenlohn noch einen solchen Tagelohn - ein jeder zählt hier wie er will! Es werden, so weit festgestellt werden konnte, Löhne von M. 3, 3.50 und M. 4 gezahlt; die Kanalmaurer erhalten M. 4.50-5. Auch bezüglich der Sanitätsvorrichtungen sieht es traurig aus. Trotzdem an manchen Stellen ein Auszug aus den Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen ausgeht, ist von Sanitätsvorrichtungen keine Spur. Die Bestimmungen hängen aus, aber es geschieht nichts, mancher Meister hat gar keine Vertreter, um Sanitätsvorrichtungen herzustellen. Jedermann, der in der Lage ist, einen Kaufvertrag zu unterschreiben, ist Meister. Nächsten Sonntag werden wir uns in einer Versammlung etwas näher mit dieser Frage beschäftigen. Wäher hatten wir eine flüchtige Baupolizei, seit Kurzem eine flüchtige; etwas besser ist es seitdem geworden, denn die Herren gehen jetzt wenigstens von Zeit zu Zeit an den Bauten vorbei, in einem solchen aber habe ich noch Keinen derselben gesehen.

Der Vertreter aus Minden in Westfalen theilt mit, daß dort eine 10 1/2-tägige Arbeitszeit besteht, die Löhne seien in den letzten Jahren zurückgegangen. Im Allgemeinen zeige Minden dasselbe Bild, wie die bisher geschilderten.

Der Vertreter aus Rottum a. d. Ruhr kann ebenfalls nur Ungünstiges berichten. Seit etwa sechs Jahren habe hier die Organisation Fuß gefaßt, während dieselbe in der ersten Zeit 60 und noch mehr Mitglieder zählte, sind deren gegenwärtig nur noch etwa 20. Gegenwärtig haben wir, weil wir von allen Seiten gedrückt werden, nicht einmal ein Lokal und müssen in Privatwohnungen Besammlungen abhalten. Früher wurden 42 1/2 Stundenlohn gezahlt; gegenwärtig 38 bis höchstens 40 1/2.

Der Vertreter von Soest kann ebenfalls nur berichten, daß die Verhältnisse immer trauriger werden. Hier wird nicht nur für 30 1/2, sondern sogar für 25 1/2 die Stunde gearbeitet bei 11stündiger Arbeitszeit.

In Wesel sieht es, wie der betreffende Vertreter mittheilt, nicht besser aus. Stundenlohn bleibt es da garnicht; früher wurden M. 8.80 bis 4 pro Tag gezahlt, jetzt M. 3.80. Jeder, der einige Zeit gehandlangert hat, schafft sich eine Kette an und wird Maurer. Die Sanitätsvorrichtungen und Bauten sind gleichfalls sehr mangelhaft. Beschädigte Wale wurde versucht, eine Baustelle zu gründen, doch es gelang nicht; nächsten Sonntag wird wieder ein solcher Versuch gemacht werden.

Der Vertreter von Düsseldorf meint, in das allgemeine Klagebild müsse auch er einfließen. Es sei eine Schmach, mit welcher Brutalität der Geldsack am Ende des 19. Jahrhunderts gegen den Arbeiter vorgehe. Der Proletarier werde gedrückt von den Arbeitgebern wie von den Behörden. Der beste Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung ist der, daß wir in Düsseldorf nicht einmal ein ordentliches Lokal für unsere Versammlungen bekommen können. Wir können keine Versammlungen in den verschiedenen Stadtbezirken abhalten, sondern sind auf das Lokal im Centrum der Stadt angewiesen. Was die Arbeitszeit angeht, so kennt man hier gar keine Regel; es soll eigentlich nur 10 1/2 Stunden gearbeitet werden, diese Zeit wird aber durchweg nicht eingehalten. Täglichlich kann man garnicht sagen, wie lange gearbeitet wird, in den meisten Fällen von früh Morgens bis Abends 8 und 9 Uhr. Neben geht dann weiter darauf ein, wie mit der Zeit das Maurerhandwerk zerfallen werde in Spezialarbeiten; der Eine mauert nur und doch, der Andere herrscht, der Dritte macht Studarbeiten und doch gehört Alles in das Maurerhandwerk. Die Folge dieser Einstellung ist eine einseitige Ausbeutung der Arbeiter. Bei dem Maurer geht es heute wie bei dem Fabrikarbeiter, welcher jahrelang, jahrelang die gleiche Arbeit verrichten muß. Diese Einstellung ist nur getroffen, um die Leistung des Einzelnen auf das Höchste anzuspinnen bzw. auszunutzen. Am Tagelohn wird gezahlt M. 3.25, 4, 4.50 bis 4.70. Selbstredend werden die am leichtesten bezahlten Arbeiter am meisten ausgebeutet. Leider sind auch hier Leute vorhanden, welche früher in der Organisation gestanden, derselben aber den Rücken gekehrt haben. Es geht auch Leute, welche in der politischen Bewegung sehr richtig sind, für die gewerkschaftliche aber nichts übrig haben, das sei jetzt sehr zu bedauern. Aber in Versammlungen laufen, Vorträge anhören, das kostet nichts, da werden keine Pflichten auferlegt; ich sage, diese Leute haben wieder die politische noch die gewerkschaftliche Organisation begriffen. Weder kritisiert der Fernere die einseitige Ausbildung der Lehrlinge. Meistens sind es Handlanger, welche, wenn sie eine Zeit lang als solche gearbeitet, sich stark genug fühlen, als Maurer zu gehen. Diese Leute werden dann zu Lohnbrüdern. Falsch ist es aber, solche Leute über die Köpfe anzusehen; der Kampfgest, welcher unter den Maurern noch herrsche, müsse schwinden. Alle Arbeiter müßten zur Organisation herangezogen werden, gleichviel ob sie eine regelrechte Lehre bestanden oder nicht. Heute gibt es nur zwei Klassen; das Kapital und das Proletariat. Wir müssen dahin kommen, einen allgemeinen Bauhandwerker-Verband zu schaffen, in welchen alle an Bauten beschäftigten Arbeiter aufgenommen werden. Die Lohnbrüder können man nicht verurtheilen, es will eben ein Jeder leben. Was die Sanitätsvorrichtungen angeht, so steht es in Düsseldorf so wie aus in den anderen Orten. In einer Stadt, in welcher zu 1200 bis 1400 Maurer beschäftigt sind, gehören etwa 70 der Organisation an; diese Zahl spreche deutlich genug.

Der Vertreter aus Solingen theilt mit, daß dieselbe eine Organisation nicht bestche, aber in nächster Zeit soll eine Baustelle errichtet werden. Der Lohn betrage M. 4 täglich bei 10 1/2-tägiger Arbeitszeit.

Der Vorsitzende, Herr Kahl, giebt nun einen kurzen Ueberblick über die gegebenen Berichte, aus denen deutlich genug die Nothwendigkeit einer regen Agitation für Hebung der Organisation hervorgehe. Ueber Augenmerk müsse auch auf die Einhaltung der Sanitätsvorrichtungen an den Bauten gerichtet sein. Man bringe solche Klagen in öffentlichen Versammlungen vor, das werde schon nützen. Ferner theile man Fälle, bei welchen mangelhafte Sanitätsvorrichtungen oder gar keine bestanden, dem betreffenden Beamten der Berufsgenossenschaft schriftlich mit, er müsse eine Erklärung, daß das nicht. Gewöhnlich aber wird schon Abhilfe geschaffen, wenn derartige Klagen durch öffentliche Versammlungen der Behörde zur Kenntnis kommen.

Im Laufe der sich an die Berichterstattung anschließenden Diskussion wird den Vertretern zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß in aller nächster Zeit an allen Orten Bau-Konjunktionsmissionen in Angriff genommen werden. Die Mitglieder dieser Kommissionen sollen nicht etwa die Bauten besuchen und danach sehen, daß überall den Unfallverhütungsvorrichtungen nachgekommen wird, sondern die Vertreter der Bauten sollen der Kommission die diesbezügliche Unregelmäßigkeit mittheilen und hat die Kontrollkommission, nachdem sie von der Wichtigkeit der gemachten Angabe überzeugt, der Behörde die Mittheilung davon zu machen. Dadurch werde man wenigstens erreichen, daß das Leben der Arbeiter weniger gefährdet wird. Ein solches Vorgehen läge auch im Interesse der Kranken- und Unfalllosen und gerade deshalb kann man sich auf Erfolg rechnen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Organisation und Agitation, liegen folgende Anträge vor:

- Antrag Nr. 1: Die Konferenz möge das zu wählende Agitationscomité beauftragen, einen Kollegen, welcher reichlich betraut ist, ausfindig zu machen, damit derselbe vierjährig Organisationsreisen durch Rheinland und Westfalen unternimmt.
- 2. Die Kosten, welche durch diese Agitationsreisen erwachsen, werden durch Marken, welche vom Agitationscomité in Umlauf gesetzt werden, gedeckt. Ebenfalls versprechen die Delegierten, in den Baustellen von Rheinland und Westfalen dahin zu wirken, daß dieselben 10 p. Ct. der Orte verbleibenden Einnahmen dem Agitationscomité überweisen.
- 3. Die Konferenz möge den Generalvollmächtigten ersuchen, dem Agitationscomité zur Agitation geeignetes Material zu überreichen.

Ferner folgender Antrag mehrerer Mitglieder der Konferenz:

In Erwägung, daß durch die heutige planlose wirtschaftliche Produktionsweise und das geschlossene Vorgehen der Arbeitgeber die Löhne und die Arbeitsverhältnisse der Maurer immer gebückter werden, erkenne die heutige Konferenz der Maurer der Provinzen Rheinland und Westfalen als wirksamstes Gegenmittel nur eine feste Organisation; in fernere Erwägung, daß sich nur durch eine feste Organisation ein Einfluß auf Lohn- und Arbeitsbedingungen

gewinnen läßt, verpflichten sich die anwesenden Delegirten, in allen Orten für den Centralverband der Maurer Deutschlands zu wirken. Um die Agitation wirksam betreiben zu können, beschließt die Konferenz:

1. Gründung eines Agitationscomités für beide Provinzen.
2. Einen Ort zu bestimmen, an welchem die Konstituierung des Comités vorgenommen wird, an welchem dasselbe seinen Sitz hat.
3. An jedem Ort einen Vertrauensmann zu wählen, welcher die Verbindung mit dem Agitationscomité und dem Generalbevollmächtigten unterhält.
4. Das Comité hat die Agitation im Sinne der Gotthar Kongressbeschlüsse unter Kontrolle des Generalbevollmächtigten zu betreiben.

Schließlich lag noch ein Zufuhr-Antrag auf die Agitation vor, das aus drei Personen bestehende Agitationscomité hat die Agitation im Allgemeinen, auch die durch den Generalbevollmächtigten betrieene zu vermitteln.

Herr Bismarck leitete die Diskussion zum zweiten Punkte der Tagesordnung mit einem etwa einstuündigen Vortrag über Agitation und Organisation ein. Redner führte alle die Gründe, welche einer regen Agitation in früheren Jahren entgegengekommen haben, in klarer Weise vor Augen. Besonders sei es der Kulturkampf gewesen, welcher die Masse von der weltanschaulichen Lage ablenkte und gewissermaßen in zwei sich bekämpfende Lager getheilt habe. Die Einführung der Freizügigkeit habe dann zur Folge gehabt, daß aus allen Theilen Deutschlands die Arbeiter nach solchen Gegenden strömten, in welchen die Intelligenz in großer Aufschwünge begriffen war. In diesen Gegenden kamen nun Leute aus allen deutschen Ländern zusammen, und die Nationalität spielte ebenfalls eine Rolle, die Arbeiter zu entzweien. Noch heute wird es ja als Schimpfwort angesehen, wenn man den Einen als Hessen, den Anderen als Polen bezeichnet. Die Preußen beispielsweise stehen heute in Norddeutschland, in Bayern und Böhmen gerade nicht im besten Ansehen. Redner spricht sich im Gegensatz zu dem Antrag Köln, welcher eine stabile, d. h. im gewissen Sinne begrenzte Agitation will, für die Verbreitung der sog. fliegenden Agitation aus. Wohl könne er dem Antrage zustimmen, für Rheinland und Westfalen insofern ein Agitationscomité zu gründen, soweit dasselbe der Agitation, welche von der Centralstelle, d. h. vom Generalbevollmächtigten aus, betrieben wird, zur Unterstützung dienen soll. Was die Organisation anbetreffend, so sei dieselbe an vielen Orten lediglich an der Personenerfrage geknüpft. Es waren wohl Kräfte vorhanden, welche in der Lage waren, in Verbindung mit der Agitation die Organisation in Fluss zu bringen, doch diese Kräfte reichten nicht aus, auch die Weiterentwicklung der Organisation in gemeinsamer und zweckmäßiger Weise zu fördern. Redner sprach sich schließlich, falls der Antrag auf Gründung des Organisationscomités angenommen werde, ganz entschieden gegen die Erhebung einer Extrabeur, sei es durch in Umfang zu lebende Marken oder auf andere Weise einzulosende aus. Eine solche Extrabeur werde der allgemeinen Sache nur schaden. Die Kosten, welche durch die Agitation erwachsen, müssen aus der Kasse des Generalbevollmächtigten gedeckt werden.

Die an den Vortrag des Herrn Bismarck sich anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Einige Redner erklärten sich durchaus gegen die Einsetzung eines Agitationscomités, weil sie befürchteten, daß dadurch ein Mißverständnis geschaffen würde, welches zu Streitigkeiten mit der Centralstelle des Verbandes Anlaß geben könne. Herr G. v. K. Köln wollte Herr Franzen-Köln sagen aus, daß die Kölner Kollegen bei Stellung des Antrages nicht im Entschenssen daran gedacht haben, ein solches Mißverständnis oder überhaupt eine Einrichtung zu schaffen, welche zum Generalbevollmächtigten in Gegensatz treten könne. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Agitation, wie sie jetzt betrieben, eine zu umständliche und nicht genügend förderliche sei. Durch den Antrag soll nur eine zweckmäßigere Agitation in den beiden Provinzen herbeigeführt werden, in der Organisation aber Alles beim Alten bleiben. Die rednerischen Kräfte sollen dem Agitationscomité zur Kenntnis gebracht werden, wird dann an einem Orte schnell ein Redner gewünscht, so braucht man sich dann nicht erst nach Hamburg zu wenden, sondern an das Agitationscomité und dieses ist in der Lage, dann sofort einen Redner zu stellen.

Der Redakteur des „Allg. Beobachter“ giebt der Versammlung Mitteilung, daß eine ähnliche Einrichtung im Buchbinder-Verband seit langen Jahren bestesse und sich vorzüglich bewährt habe. Der Buchbinderverband, ebenfalls ein Centralverband, sei in Genuß und Besitze eingeleitet; jeder Gau und jeder Bezirk habe einen besonderen Vorstand, welcher außer anderen Geschäften auch die Agitation zu betreiben habe. Geradezu unmöglich wäre es, wollte man, wie es beim Maurerverband der Fall ist, die Agitation der Centralstelle des Verbandes überlassen. Mehrere Redner erklärten sich für den Antrag Köln, doch müsse der Absatz 2 beibehalten zurückgegeben werden.

Die Vertreter von Köln ziehen darauf den Absatz 2 ihres Antrages zurück. Bei der Abstimmung wird der oben zu zweit aufgeführte Antrag mehrerer Konferenzmitglieder mit großer Majorität angenommen.

Angenommen wird auch der letzte Satz des Kölner Antrages betr. Befreiung von Material zur Agitation; alle anderen Anträge waren durch Annahme befangen Antrages erledigt. Als Orte, an welchen das Agitationscomité gewählt werden soll, wurden vorgeschlagen Köln, Essen und Düsseldorf. Die Vertreter der letzteren beiden Orte lehren ab, so daß Köln mit großer Majorität als Sitz des Comités gewählt wird.

Auf eine diesbezügliche Bemerkung des Herrn Bismarck verprechen die Vertreter Kölns, daß die Wahl dasselbst in aller nächster Zeit vollzogen werden wird. Herr G. v. K. Köln hofft, daß das Comité von den an allen Orten zu wählenden Vertrauensmännern kräftig unterstützt werden wird.

Die Konstituierung des Agitationscomités wird sofort nach derselben im „Grundstein“ angeigt werden.

Angenommen wird sodann ein Antrag Kohns, Essen, nach welchem das Agitationscomité verpflichtet ist, vierteljährlich einen Bericht über seine Thätigkeit zu erstatten.

Herr Bismarck erwartet, daß auch die Vertrauensleute ihre Pflicht thun und rege agittiren werden. Vorherber erinnert nochmals daran, an allen Orten Baukontrollkommissionen einzusetzen. Der Zweck derselben sei ja ausdrücklich erklärt worden. Ein Redner macht auf eine am Sonntag, den 12. August, in Dörmum stattfindende Konferenz der Statutenrevisoren aufmerksam und ersucht, für zäufreie Beschäftigung derselben Sorge tragen zu wollen.

Nachdem noch Einladungschriften zu den ebenfalls am 12. August in Reddinghausen und Duisburg stattfindenden Stützungsstellen versendet, schließt der Vorsitzende der Konferenz diese mit einem dreifachen, kräftigen Wiederhall findenden Hauch auf die deutsche Maurerschafft. Die Verhandlungen hatten mit einer Unterbrechung für das Mittagsmahl von Vormittags 10 Uhr bis Abends kurz vor 7 Uhr gedauert.

Noch nicht dagewesen in Preußen!

Längst hat man sich in Arbeiterkreisen daran gewöhnt, das Wort des weisen Seneca: „Alles schon dagewesen“, da nicht anzuwenden, wo es sich um beherrschende Auslegung und Handhabung der Vereins- und Versammlungsregeln handelt. Tagtäglich passieren auf diesem Gebiete Dinge, die jenes Wort völlig widerlegen. Die beherrschende Autorität ist eben unerlässlich an Gränden, den Arbeitern die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes, entgegen dem klaren Sinn und Wortlaut des Gesetzes, unmöglich zu machen oder zu erschweren. Die Forderung, zu welcher Polizeiochane es in der willkürlichen Auslegung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zu bringen vermögen, hat uns schon oft in maßloses Erstaunen versetzt und vor die Frage gestellt: Wie ist so etwas in einem Rechtsstaate nur möglich?

Auch heute haben wir es wieder mit einem Falle zu thun, der diese Frage rechtferligt. Am 20. April d. J. hielten die Mitglieder der Zifferer-Instelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, eine Versammlung ab zwecks Berathung einer Streikangelegenheit. Zu dieser Versammlung hatte sich das Vorstandsmittglied des Verbandes, Genosse Stanning, eingelassen. Als derselbe zu der erwähnten Angelegenheit Namens des Centralverbandes das Wort ergreifen wollte, wurde er daran von dem Polizei-Bevwalter mit dem Bemerkten verhindert, daß er kein Recht habe, zu sprechen. (11)

Selbstverständlich protestirte Stanning gegen diese unerhörte Vergeewaltigung seines guten Rechtes, aber vergeblich. Er richtete sodann eine Beschwerde an die Regierung zu Gumblingen. Und welchen Erfolg hat dieselbe ab? Unsere Leser sind ohne Zweifel alle ohne Weiteres geneigt, anzunehmen, die Regierung habe das Vorgehen des Polizei-Bevwalters als ein ungesetzliches erklärt und ausgegeben, daß der Herr in übergeordneter Kenntniss des Gesetzes den Beschwerdebeführer an der Ausübung eines Rechtes verhindert hat. Weit gefehlt! Im Gegentheil, die Regierung gab dem Genossen Stanning einen seine Beschwerde abweisenden und das ungesetzliche Vorgehen des Polizei-Bevwalters „rechtferlegenden“ Bescheid, den wir für geradezu unermesslich halten würden, läge er nicht, mit allen Ausdrücken des amüßlichen Altklensches versehen, schwarz auf weiß im Original vor uns. Derselbe lautet:

„Auf Ihre Beschwerde vom 27. April d. Js. gerichtet Ihnen zum Bescheide, daß das Vorgehen des Polizei-Bevwalters zu Ziffer in der Maurer-Versammlung vom 20. April d. Js. vollständig gerechtfertigt war. Die Versammlung war keine öffentliche, sondern eine solche der Mitglieder des Centralverbandes der Maurer Ziffer; der Polizei-Bevwalter war daher verpflichtet, den Vorstehenden darauf aufmerksam zu machen, daß Sie zur Ergründung des Wortes nicht berechtigt seien. Letzterer und nicht der Polizei-Bevwalter hat Ihnen darauf das Wort entzogen, gleichwie er bereits vor Beginn der Versammlung eine Anzahl nicht zu den Maurern gehörige Personen entfernt hat.“

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: (Name unleserlich.)

An den Maurer- und Redakteur Herrn Joh. Stanning zu Hamburg.

Dieser Bescheid der Regierung zu Gumblingen ist denn doch das Unerhörteste, was uns an beherrschender Geleesauslegung jemals vorgekommen ist! Ziffer liegt im königreich Preußen. Das da geltende Vereins- und Versammlungsrecht räumt einem die Versammlung überwachenden Beamten nicht die Befugnis ein, in der geschlossenen Weise zu verfahren; er hat nicht darüber zu befinden, wer „berechtigt“ ist, in der Versammlung das Wort zu ergreifen. Ob Jemand sprechen soll oder nicht, wer in der Versammlung abgesehen von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen) anwesend sein darf, darüber hat lediglich die Versammlung selbst, bzw. ihre Leitung zu entscheiden, aber kein Polizeibeamter! Indem der Zifferer-Instelle-Bevwalter eine Anzahl von Personen aus der Versammlung entfernt und sodann Stanning am Reden verhindert, hat er sich schwerer Ueberrgriffe schuldig gemacht, in nicht rechtmäßiger Ausübung seines Amtes absolut geschwürdig gehandelt. Und das umsonst, als die Versammlung hauptsächlich eine solche war, die garnicht unter die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechtes fällt. Es war keine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, vielmehr eine durchaus gewerkschaftliche, rein wirtschaftlichen Zwecken im Sinne des § 152 der Reichsgewerbeordnung dienende. Die Polizei war garnicht beauftragt, diese Versammlung zu überwachen, geschweige denn, daß der Polizei-Bevwalter ein „Recht“ gehabt hätte, so zu verfahren, wie ihm beliebt. Der Bescheid der Regierung erklärt, die Versammlung sei eine solche der Mitglieder des Centralverbandes der Maurer Ziffer gewesen. Mit Verstand, es war eine solche der Zifferer-Instelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands! Und da soll nach der Behauptung der Regierung der Polizei-Bevwalter „verpflichtet“ gewesen sein, zu erklären, das Mitglied des Vorstandes dieses Centralverbandes sei zur Ergründung des Wortes „nicht berechtigt“. (11)

Worauf diese angebliche „Verpflichtung“ sich stützt, hätten alle Geleeskundigen ein Mittel sein.

Aber trotzdem ist Preußen ein „Rechtsstaat“!

Situationsberichte.

Maurer. Achtung, Maurer! Leber den Van der Gaa-Konkist in Salzweel ist, weil nicht nach dem Lohnstarif gearbeitet wird, die Sperr verhängt. Der Zugang ist fernzuhalten.

Werden. Der Streik der Kollegen an dem Katernbau ist nach viertägiger Dauer zu Gunsten der Gesellen beendet.

Wandbeck. Am Dienstag, den 7. August, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Instelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung gelesen und genehmigt, verlas der Kassirer Bestmann die Berechnung vom Monat Juli. Die Einnahme betrug M. 99,72 und die Ausgabe M. 95,01, bleibt ein Ueberschuß von M. 4,71; dieses wurde für richtig befunden. Sodann gab Kollege Westmann bekannt, daß wir trotz dieses Ueberschusses noch ein Defizit hätten und zwar auf gleich die Frage aus, wie dieses zu decken sei. Nachdem sich mehrere Redner darüber geäußert, wurde beschlossen, dieses in der nächsten Versammlung zu verhandeln. Ferner wurde beschlossen, die ständlichen Mitglieder aufzufordern, in der nächsten Versammlung zu erscheinen, um ihren Pflichten nachzukommen. Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten erörtert, sprach der Kollege Efftinge in längerer Ausführungen über den Stand und Zweck der Gewerkschaftsbewegung. Er führte aus, daß in der Gewerkschaftsbewegung eine große Aushaltung zu sich gegriffen hätte, und sei dieses wohl auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Doch gebe uns dieses immerhin noch keine Berechtigung, unsere Organisation sinnen zu lassen, im Gegentheil, wir müßten uns gegen die Angriffe des Unternehmertums wehren. Wir müßten denselben eine feste, kompakte Masse entgegenstellen, welche nicht gewillt ist, ihr Recht mit Füßen treten zu lassen. Doch läge die Schuld an uns selber. Es müsse jeder Kollege agitatorisch thätig sein. Einer müsse den Andern aufordern, die Versammlung zu besuchen; wäre dieses der Fall, so wäre die Aushaltung nicht so groß. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung 10 Uhr. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 21. August, Abends 8 1/2 Uhr, in der Centralherberge statt.

Oldenburg i. Gr. Am Donnerstag, den 2. August, wurde im Hotele des Herrn Börner eine öffentliche Maurer-Versammlung abgehalten, in welcher Kollege Bismarck aus Hamburg über die schlechten Verhältnisse im Baugewerbe und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation referirte. Er legte in klaren Worten die Nothwendigkeit einer Organisation dar und betonte hauptsächlich, daß die Lohnverhältnisse der Maurer Deutschlands zurückgekommen sind. Er ersuchte die Kollegen, dem Verbands-Vorstand für Mann-Bezugzutreten. Daß die Kollegen sich diesen Vortrag zu Herzen genommen, beweist, daß sich sofort 17 Mann in den Verband aufnehmen ließen; außerdem gehören schon 20 Mann dem Verbands an, so daß die Gesamtzahl 37 beträgt. Darauf wurde zur Wahl der betrieulichen Verwaltung geschritten. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Sande, zum Kassirer Kollege Lee, zum Schriftführer Kollege Schreiber gewählt. Nachdem die Kollegen ihren Beitrag entrichtet hatten, schloß sich die Versammlung.

Gannover. Am 14. August fand hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Instelle statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Vortrag des Genossen Kobbelt über: „Amerikanisches Unternehmertum und Arbeiter“. 2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte. 3. Wahl eines zweiten Kassirers. 4. Beschließenes und Fragelosen. Nach Beendigung des Protokolls besaßte sich der Kollege Böttcher, daß der Bericht im „Grundstein“ anders laute, als im Protokoll, worauf ihm der Schriftführer erwiderte, daß der Bericht gelautet sei, wie er es auch in der Briefkastennotiz lesen könne. Hieraus wurde Herr Kobbelt das Wort zu seinem Vortrage ertheilt, in welchem er ausführte, daß vor 100 Jahren noch wenig Industrie in Amerika gewesen sei. Als die Kultur des Landes sich hob, wurden auch Sklaven eingeführt, worüber später der Vertriebskrieg ausbrach; nach Beendigung desselben erklärten die Fabrikanten, daß alle Menschen gleich seien, welches sich aber nachher nicht bewahrheitete. Verschiedene Gewerbe erhielten einen Freibrief, der ihnen eine juristische Person aufwies. Als die Entbedung gemacht wurde, daß sich in Amerika große Goldminen befänden, fand eine große Einwanderung statt. Die deutschen Arbeiter waren sehr thätig und schufen kramme Organisationen, aber die Dampfkrast machte große Umwälzung, so daß jetzt vieler Hunderttausende arbeitslos sind. Dem „erenteten“ wurde wieder Besatz für seinen interessanten Vortrag zu Theil. Zum zweiten Punkte führte Kollege Grothe aus, daß wir als Berufsarbeiter am Abgrunde ständen. Von Stunde zu Stunde würden wir von den Arbeitgebern gedrückt. Die Statistiken der Krankentafeln bewiesen, daß unser Beruf in bestem Verhältnisse begriffen ist, und daß die Arbeiter schon im letzten Jahresabschnitte starben. Auch beweiße der Niedergang der Löhne, daß die meisten Einkünfte der Arbeiter gegen Zehlfachung gemacht werden. Weil in unserem Gewerbe die Maschine noch nicht eingeführt ist, so lernen infolge dessen sehr Viele Maurer, und die Folge des großen Arbeitsangebots ist, daß wir ausgepreßt werden wie eine Zitrone. Der Kollege Grothe bringt folgenden Antrag ein: Die Versammlung wolle beschließen, die nächsten folgenden Tage eine Statistk aufnehmen zu lassen von Bau zu Bau, Neubau wie Regie, zur genaueren Feststellung der Klassenlöhne, die Zahl der Maurer, der Neubauten und die Kontraktverbindlichkeiten mit dem Arbeitgeber. 2. den Antrag bei dem Vorstand des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsvereinen einzulegen, um der Instelle Hannover Unterstützung zuzuführen, damit der bis dato geschätzte Lohn ausreicht erhalten bliebe. Nach dem Vortrage betrug der Lohn 45 M pro Stunde. Wo es nöthig erachtet, ist mit Bauperrre einzugehen und den Zugang durch Bekanntmachung im „Grundstein“ fernzuhalten. Gründe: Die willkürliche Lohnzahlung der Meister, welche unter 30 M pro Stunde sinkt. Kollege Tunnies erwidert, daß die Ausführungen seines Vortredners sehr richtig seien. Es falle schwer, Statistk aufzunehmen zu erhalten; er beweiße aber sehr die Durchführbarkeit der Bauperrre. Kollege Grothe entgegnet, daß der Indifferenzismus hier so stark ist, sei nicht unsere Schuld, aber sobald es sich um Lohn handelt, sind die Indifferenten öfters thätiger als die Verbandsmittglieder. Es sei mehr Willenskrast vorhanden als man glaube; denn es blieben Viele dem Verbands fern, da es ihnen schwer falle, die Beiträge zu entrichten. Nach einigen Für- und Widerreden über den Antrag des Kollegen Grothe wurde derselbe einstimmig angenommen. Hier auf wurden die Kollegen Feste und Stilkram als Statistk-Sammler gewählt. Kollege Tunnies erklärt das Vordiegehen der Statistk-Aufnahmen. Kollege Grothe will auf die Lohnzahlung Werth gelegt wissen. Der Antrag des Kollegen Schriewer, den Statistk-Sammlern pro Tag M. 6 zu geben, wird angenommen. Da Kollege Böhre als zweiter Kassirer seinen Posten niederlegt, wird für denselben Kollege

Schwieger gewähl. Kollege Grothe macht im Punkt „Ver- schiedenes“ auf den Bericht der Statistiken aufmerksam. Kollege Duffe erwidert, noch einen Vorschlag zu machen, weil Kollege Müller sich nicht in den Berathungen zeigen lässt und Kollege Friedrich an Montagen arbeitet. Kollege Fuge erwidert diesen Wunsch zum Antrag, worauf Kollege Blüthner als Vorschlag hinzugefügt wurde. Kollege Blüthner macht noch aufmerksam, daß der Gefangenen „Hoffnung“ nächsten Sonntag Ball habe. Kollege Duffe will in acht Tagen eine öffentliche Mauer-Berathung einberufen, in welcher die Statistiken Refutationen versehen werden sollen. Die Tagesordnung soll lauten: „Wie stellen sich die Mauer von Hannover-Bünden und Umgebung zu dem jetzigen Lohn?“ Nach Erledigung des Fragenschlusses fand die Berathung statt.

Hildesheim. Am Dienstag, den 7. August, fand die regelmäßige Mitgliederberathung der hiesigen Hahnhalle statt. Nachdem die Beiträge reguliert und sich drei Kollegen hatten einschreiben lassen, erfolgte die Beratung der Quartalsabrechnung. Es war ein Kassensaldo von vorigem Quartal von M. 65,66. Für die Hauptliste gingen ein: ein Eintrittsgeld von 11 Mitgliedern à 60 A. = M. 660, 760 wöchentliche Beiträge à 10 A. = M. 76, 71 Extrabeiträge à 40 A. = 28,40; 40 pSt. der Einnahme aus den wöchentlichen Beiträgen M. 30. Summa: Kassensaldo M. 30, Hauptliste M. 174,66. Ausgaben: für Porto und Schreibmaterialien M. 3, Verlässe der Kassierer und Bevollmächtigten M. 6, an die Hauptliste abgegangen M. 100, sonstige Ausgaben M. 1,60, Rohporto des „Grundstein“ M. 11,90, Kassensaldo der Kassier M. 7,60, der Hauptliste M. 44,60. Summa: Kassensaldo M. 30, Hauptliste M. 174,66. An Bericht: 88 Extramarlen, 5 Ersatzblätter. Vom Vorstand im Quartal erhalten: 1000 Rehnspinnmarken, 488 Extramarlen à 40 A. 5 Ersatzblätter. An die Mitglieder verabfolgt: 805 Rehnspinnmarken, 71 Extramarlen à 40 A., Bestand am Schlusse des Quartals 602 Markten à 10 A., 417 Markten à 40 A. und 5 Ersatzblätter. Redirektor: Nischow und Gadegeß, Bevollmächtigter: Wilhelm Wagner, Kassierer: D. Mertins. Daraufhin wurden von mehreren Kollegen Ausführungen betreffs des Bierbohrers gemacht. Dann erstattete die Kommission Bericht über die Vorkasse und Kosten der Partie. Es wurde ein Vergütungscomité gewählt und findet am 8. September das Stiftungsfest statt. Da weiter nichts vorlag, folgte Schluß der gut besuchten Berathung. — Den Kollegen dienen noch zur Kenntnis, daß von jetzt ab als erster Bevollmächtigter Wilhelm Kraft, als zweiter Bevollmächtigter Julius Schulte fungirt.

Steglich. Am 16. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederberathung des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Schriftführer das Protokoll von der letzten Berathung. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Bevollmächtigte den Brief, welcher den Beschluß vom Hauptvorstand enthielt, über den Antrag von der letzten Berathung um Einberufung der Ersatzblätter. Die Berathung war mit dem Beschluß zu schließen. Der Bevollmächtigte ersuchte die Mitglieder, die hiesigen Häuser auszufüllen, damit wir doch in diesem Jahre unserer Pflicht nachkommen. Nachdem der Kassierer die Beiträge eingekassiert und sich hier Kollegen in den Verband hatten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der Berathung.

Wurzen. Am 14. August fand eine öffentliche Mauerer-Berathung statt unter Leitung des Kollegen Kopsch. Die Tagesordnung lautete: Bericht von der hiesigen Landeskonferenz, Debatte und Aufflösung des Fachvereins. Kollege Kopsch legte in kurzen Worten den Würzener Kollegen dar, wie kränzlich es in allen Städten Sachsen ist, wie niedrig der Lohn und wie lang die Arbeitszeit, und forderte die Anwesenden auf, thätig zu agitieren, damit sämtliche Mauerer von Würzen und Umgegend dem Zentralverband der Mauerer angehören. An der Debatte beteiligte sich zuerst ein Mauerer, den wir seit drei Jahren in keiner Berathung gesehen haben und der keinen Pfennig gesteuert. Derselbe meinte, Kopsch fordert die Mauerer auf, sich zu organisieren, aber der ist bloß schuld, daß der Fachverein aufgelöst wird, so lange wie der Vorstandsbericht ist, da sich die Organisation zurückgegangen. Er hat sich einmal darüber ausgesprochen, daß ich einen Hochbauverein verlegt hingelegt habe und daß ich während der Arbeitszeit Schnaps habe holen lassen (7) und es wären Wehrere, die mit ihm nicht zufrieden sind. Auf diese Anschuldigung verteidigte sich der Kollege Kopsch folgendermaßen: „Ich bin im Jahre 1887 als erster Vorstandsmitglied gewählt, habe den 87er und 89er Streik erlitten, wurde arbeitslos, aus Würzen sozialgenau hinauszugeschmissen und mußte stets auswärts arbeiten. Es ist alle Jahre Vorstandswahl gewesen; ich habe es nicht wollen annehmen mit Rücksicht auf meine Familie, aber immer wieder wurde gedrängt und mir Versprechungen gemacht, die ich aber enthielten zurückgewiesen habe; nur im Interesse der Mauerer Deutschlands habe ich gearbeitet. Was das Schnapshehlen und das Einverleibungsbetrug betrifft, so ist mir nichts bekannt, denn das sind drei Jahre her, seit dieser von gemacht wurde. Im Uebrigen sind es zwei bis drei solcher Streikführer, die am liebsten die Bewegung möchten zu Grunde richten und dann noch einige Partiser. Wir haben hier nur einen Partiser, der seit der Organisation treu bleibt. Dieses über die Verhältnisse in Würzen. Im kurzen Zeit werde ich mein Amt als Vertrauensmann niederlegen, dann wollen wir sehen, ob Diejenigen kommen, die nicht mit mir zufrieden sind, oder ob es da nicht ganz alle in Würzen wird.“

Dresden. Am 14. August tagte im Saale der „Wäldchen Aue“ eine öffentliche Mauererberathung mit der Tagesordnung: 1. Die historische und wirtschaftliche Entwicklung der Boga-Bundage. 2. Bericht der Delegierten von der Landeskonferenz. 3. Wahl eines Zentralvertrauensmannes für Sachsen und für das Herzogthum Sachsen-Altenburg. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Friede aus Dresden. Er führte aus, daß die Boga-Bundage eine transnationale Erscheinung sei, welche bei der bürgerlichen Gesellschaft als Prostitution und Eigentumsvergehen herabtritt, und daß die heutige kapitalistische Gesellschaft nicht im Stande sei, diese Verhältnisse zu beseitigen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus verdamme Landbau und abertausende Proletariat unfreiwillig zur Boga-Bundage, die Arbeitslosigkeit, welche sich von Jahr zu Jahr hebert, müsse naturnotwendig auch das Bier her auf der Baustelle liegen lassen, und das seien nicht bloß Arbeiter resp. Handwerkgelassen, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft sei in Auflösung begriffen, und so finde man heute fortgesetzte Subvention, Offiziere, Pastoren, Schulmeister, Schreiber und Freiherren auf der Baustelle walgen. Alle sind der Boga-

bundage anheimgefallen. Erst wenn die Produktionsmittel der gesammten Menschheit zu Gute kämen, könne diesen Verhältnissen abgeholfen werden, und da sei es Pflicht eines Jeden, sich der Bewegung und Bewegung und nehme sich in eifriger Begehung der Boga-Bundage noch am meisten an. Als der Referent im Schlußwort auf den fortgesetzten König Milan zu sprechen kam, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Zum ersten Punkt sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus und schilberten das Handwerkersleben, die Arbeitslosigkeit, die Ueberschneidung der Polizei, die Verbergen „für Gemüth“ und ihre Institutionen. Im zweiten Punkt erstattete der Kollege Häßlich Bericht über die Landeskonferenz. Er führte aus, daß die Lage der Mauerer in Sachsen eine traurige zu nennen sei, daß habe die Berichterstattung der Delegierten auf der Landeskonferenz bewiesen. Vornach, Arbeitslosigkeit und schlechte Behandlung seien an der Tagesordnung. Die Konferenz habe dazu Stellung genommen und beschloßen, die Agitation besser zu regeln, als wie es bis jetzt der Fall war. Zu diesem Zweck sei ein Zentralvertrauensmann zu wählen, der den Auftrag habe, Adressen entgegen zu nehmen und Vorträge zu treffen, daß in den betreffenden Orten Berathungen stattfinden können. Es ist natürlich Pflicht eines jeden Kollegen, mit daran zu arbeiten, daß die Organisation hochkommt. Im dritten Punkt, Wahl eines Zentralvertrauensmannes für Sachsen und für das Herzogthum Sachsen-Altenburg, wurde der Kollege Kopsch vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Alle auf die Agitation Bezug habenden Briefe sind zu richten an August Holke in Dresden, Altkassier, Friedrichstraße Nr. 9, part. Mit einem Votum auf die deutsche Mauererbewegung schloß der Vorsitzende die gut besuchte Berathung.

Frankfurt a. M. Am Montag, den 6. August, tagte im Saale „Zum Grünenwald“ eine öffentliche Mauererberathung, welche trotz aller genügenden Bekanntmachung schwach besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Westeht für die Arbeiter ein Recht auf Arbeit?“ referirte Kollege Paul und wies an der Hand der Weltgeschichte nach, daß der Staat die eigentliche Verpflichtung habe, dem Arbeiter das Recht auf Arbeit zu gewähren, welches jedoch nicht der Fall sei. Für Kulturzwecke habe der Staat kein Geld übrig, für den immer mehr steigenden Militarismus sei Geld in Menge vorhanden. Redner forderte zum Schluß seines „ständigen Vortrages“ die Anwesenden auf, kräftig dahin zu wirken, daß der Organisation immer mehr neue Mitglieder zugeführt werden, denn nur durch starke Arbeiterorganisationen seien die heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse abzuschaffen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im „Grünenwald“ tagende öffentliche Mauererberathung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Zustände, mit aller Kraft dahin zu wirken, den Mauerern in die Zukunft ein besseres Dasein zu verschaffen. Da dieses aber nur durch eine gute Organisation möglich ist, so verpflichtet sich jeder hier Anwesende, mit aller Macht für die Organisation einzutreten.“ Der Vorsitzende Frankensbach forderte die Anwesenden auf, sich dem Verbande deutscher Mauerer anzuschließen, denn der Individualismus unter den hiesigen Kollegen sei ein verachtlicher, daß es den wenigen organisierten Kollegen bald nicht mehr möglich sei, hier am Orte eine Hahnhalle halten zu können. Zum zweiten Punkt: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation der Mauerer Deutschlands“ konnte der Referent nur noch kurz sprechen, da wir inzwischen an der sozialdemokratischen Feierabendblunde angelangt waren.

Röln a. Rh. Am 19. August fand eine öffentliche Mauererberathung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Sölg Bericht von der Essener Konferenz. Redner schilderte die Lage der Mauerer und gab bekannt, daß die Konferenz Schritte gethan habe, die Lage zu heben. Röln sei als Agitationsort bestimmt. Zum 2. Punkt wurde die Wahl des Agitationscomités vorgenommen. Es wurden gewählt: Franzen, Ritter und Holz. Zum 3. Punkt wurde Kollege Gänger gewählt; als Redirektor wurden gewählt: Henke und Zimmermann. Im Punkt „Verschiedenes“ betonte Kollege Franzen, daß alle Kollegen dahin wirken möchten, daß die Mauerer Rölns recht bald Mann für Mann dem Verbande beitreten möchten. Ferner führte der Kollege aus, daß die Bauten hier am Plage sehr mangelfast ausgeführt werden und die Abdeckung eine sehr mangelhafte ist, die Baupolizei kümmere sich sehr wenig darum. Es möchten daher die Kollegen der hier am Orte gewählten Kommission über etwaige Mißstände Mitteilung machen, damit diese die nöthigen Schritte thue. Schluß der Berathung um 2 Uhr Nachmittags.

Rürnberg. Am 12. August, Vormittags 9 1/2 Uhr, fand im „Südbühnen Wäldchen“ die regelmäßige Mitgliederberathung der hiesigen Hahnhalle statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurden 5 Kollegen in den Verband aufgenommen. Im zweiten Punkt, „Stellungnahme zur Sächsischen Konferenz“, verlas der Bevollmächtigte die Antrag, die von der Hahnhalle Stuttgart an uns gelangt ist, betreffs Abhaltung einer Konferenz in diesem Jahre. Kollege Deß führt hierzu aus, daß eine Konferenz vorläufig nicht geeignet ist, unsere schlechte Lage in Sächsischen Zustand besser zu stellen. Der Bericht einer Konferenz kann absolut nur darin liegen, agitatorische Kräfte auszubilden und diese finanziell zu unterstützen, damit sie nicht gezwungen sind, sich in Großstädten aufzuhalten, sondern daß sie auch in Kleinstädten, wo die Wahregelung und die schwarzen Listen immer mehr und mehr in Betrieb kommen, einige Zeit sich aufhalten können, um dort zu agitieren und die Indifferenten aufzuwecken und aus dem ultramontanen Sumpf, in den sie gesunken sind, herauszuheben. An der Form der Organisation kann nichts geändert werden außer in sächsischen Konferenz. Seit Freunden würden wir es aber begrüßen, wenn wir im Stande wären, eine noch härtere, eine internationale Organisation der Mauerer in A. Leben zu rufen. Kollege Wilhelm sprach sich in gleichem Sinne aus. Die Vorgeschiedene der deutschen Konferenz wurde einstimmig abgelehnt. Im dritten Punkt, „Verschiedenes“, erklärte sich Kollege Wilhelm bereit, in der nächsten Mitgliederberathung am 26. August, Vormittags 9 1/2 Uhr, einen Vortrag zu halten über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe und mit wem haben wir zu kämpfen, um unsere mißliche Lage besserzustellen.“ Des-halb auf Kollegen, zur nächsten Berathung, bringe die Fernstehenden mit, verdröckter Güten „Grundstein“, wenn Ihr ihn gelassen, damit die Indifferenten auch sehen und hören, daß

was sie aus der Sklaverei entlassen werden können. Also auf, in den Zentralverband hinein, in die Organisation! Der Dichter singt: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Ferner gab Kollege Kertle bekannt, daß es in nächster Zeit leicht möglich wäre, in Röln eine Agitation zu entfalten und dort eine Hahnhalle zu gründen. Ferner führt Kollege Schabert die Verhandlung der Mauerer in Weiden an. Zu diesem Punkte wurde eine Kommission gewählt, um die Sache genau zu kontrollieren und den Sachverhalt in alle arbeiterfreundlichen Blätter aufnehmen zu lassen. Darauf stellte der Bevollmächtigte den Antrag, ein Exemplar vom bayerischen Vereinsgesetz von 1889, sowie ein Exemplar der Gewerbeordnung anzuschaffen, welcher einstimmig angenommen wurde. Darauf folgte Schluß der ziemlich gut besuchten Berathung Mittags 12 1/2 Uhr.

Bauhaunderwerker.

Hildesheim. Am Sonntag, den 12. August, Nachmittags 2 1/2 Uhr, fand hierelbst eine öffentliche Bauhaunderwerker-Berathung von Hildesheim und Umgegend im Saale des Herrn Wallmeyer, Langestr., statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Gründung einer Hahnhalle des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands. 2. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Kollege J. Dornies aus Hannover. 3. Verschiedenes. Die zahlreich besuchte Berathung wurde pünktlich um 2 1/2 Uhr eröffnet. Zu das Bureau wurden gewählt als Vorsitzender Kollege Dunter, als Schriftführer Kollege Busch. Zunächst stellte Kollege Ebert den Antrag zur Geschäftsordnung, den zweiten Punkt der Tagesordnung zum ersten zu nehmen, welcher einstimmig angenommen wurde. Sodann nahm der Referent, Kollege Dornies, das Wort und führte in verständlicher Weise die Schäden der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, sowie den guten Zweck der Organisation an. Sodann beleuchtete der Redner die Wohnungs- und Gesundheitszustände der Arbeiter, sowie die schlechten Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Der Referent sprach noch eingehend die Gründung einer Hahnhalle und empfahl die Agitation für dieselbe. Eine Resolution, welche eingelassen war, erklärte sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden und empfahl die Gründung einer Hahnhalle. Gegen eine Stimme wurde dieselbe angenommen. Auf- gestellt wurde beschlossen, am Sonntag, den 19. August, eine Berathung abzuhalten zwecks Gründung einer Hahnhalle und wurde Kollege Dunter mit dem Vorarbeiten beauftragt. Schluß der Berathung 2 1/2 Uhr.

Stuttensee.

Dresden. Eine öffentliche Statutenberathung fand am 11. d. M. im „Bürgerbräu“-Saal, in welcher zum ersten Punkt der Vertrauensmann Bericht über den Agitationsfonds für das zweite Quartal erstattete. Hiernach fand eine Gesamt-einnahme von M. 71,15 eine Ausgabe von M. 85,04 gegenüber, somit verbleibt ein Bestand von M. 86,11. In derselben Zeit sind 282 Markten umgesetzt worden. Beim zweiten Punkt, die Konferenz betreffend, erwähnte der Vertrauensmann in seinen Ausführungen zunächst die öffentliche Berathung vom 18. April, in welcher er beauftragt wurde, Schritte zu einer Einigung betterer Organisationen zu thun. Es sei nun eine Konferenz geplant worden, zu deren Besichtigung die Agitationskommission in ihrem bekannten Auftrage aufzubreche. Der Aufbruch des Verbandsvorsitzenden wird gleichfalls verlesen. In der sich hieran anschließenden Debatte sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Auftrages der Agitationskommission aus, dagegen wurde der Obenthal'sche Erguß, dem die Leipziger Kollegen ebenfalls nicht Folge leisteten, gebührend gezipfelt. Einige Redner sprachen die Hoffnung aus, die übrigen Städte möchten sich dem Beispielen der Leipziger anschließen. Die Konferenz wäre zwecklos, wenn nur Anhänger der einen Organisation vertreten sein würden. Es wird folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen: „Die Berathung beschloß, falls durch den Aufbruch der Agitationskommission die Konferenz von mindestens 10 Städten beigestellt wird, Dresden gleichfalls vertreten zu lassen.“ Im ferneren Verlauf erklärte sich Busch gegen das bisherige Streikwesen, wobei die Fachvereine die Zentralverbände seien heute im Stande, eine Gewerkschaft genügend zu organisieren. Dem größten Theil sei man auf öffentliche Berathungen angewiesen, und durch solche müßte die Organisation fernerhin weiterbefördert. Es ist er wendet sich gegen das Zweifelsungssystem, damit mißlich endlich gebrochen werden. Der Bauhaunderwerker“ enthielt nur noch Berichte von Berlin und Dresden, wolle man von anderen Städten etwas erfahren, so müsse man extra den „Grundstein“ abonnieren. Nach seiner Ansicht ist der „Bauhaunderwerker“ auf die Dauer nicht mehr lebensfähig. Die Schuld tragen die Kollegen selbst, die Zeitung sei zu wenig unterfüttert worden, monatelang habe kein Bericht darin gestanden, infolgedessen sei das Blatt achlos bei Seite geschoben worden. Diesen Thatfachen konnte auch nicht widersprochen werden und hofft man, daß die Konferenz in diesem Punkte eine Aenderung schafft.

Gingeländt.

Aus Selmsfeldt.

In Anbetracht des Braunschweiger Bierbohrers mögen sich Interessirte verpflichtet, die hiesige Arbeiterkraft nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß es eines jeden Arbeiters Pflicht ist, kein Braunschweiger Bier zu trinken, und ist es namentlich der organisierten Arbeiter heilige Pflicht, mit darüber zu wachen und bei jeder Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß durch die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter der Sieg der ausgeperrten Braunschweiger Arbeiter erschwert wird. Anders würde es sein, wenn die Arbeiter nur dort verkehrten, wo kein Braunschweiger Bier vertrieben wird, dann würden die Braunschweiger Bierbohrer nicht mehr in der Lage sein, ganze Wagenladungen die Wege über hierher zu senden. Letzteres ist uns gerade der Beweis, daß die Selmsfelder Arbeiter noch nicht von dem Solidaritätsgedank durchdrungen sind. Gerade den Braucherarbeitern würde leicht geholfen werden können, ohne daß die Arbeiter schwere Opfer zu bringen hätten; jeder Arbeiter brauchte sich nur die Pflicht aufzuerlegen, einmal bei Wochen lang kein Braunschweiger Bier zu trinken und der Kampf würde beendet sein und zwar zum Vortheil unserer ausgeperrten Brüder. Aber wenn die Arbeiter noch länger diese Gleichgültigkeit heissen halten, so müssen wir erleben, daß der Sieg auf Seite der Braucherproleten kommt, und was würde die Folge sein? Andere Fabrikanten und Kapitalisten würden ein Mittel gefunden haben, die Arbeiter noch mehr zu knechten. Darum, auf Ihr Arbeiter

